

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 29.**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

für die Zeit vom 16. bis 22. Juli 1909.

Posen, den 27. Juli 1909.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Aus Nr. 158 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. Juli 1909:

Posen, den 14. Juli 1909.

**Die polnische Reichstagsfraktion
am Schluß der Session.**

In der gestrigen Sitzung erledigte der Reichstag den Rest der Aufgaben und nahm vor allen Dingen in der dritten Lesung den Gesetzentwurf über die Gehaltserhöhung der Reichsbeamten an.

Die polnische Fraktion hat — wie bekannt — in der zweiten Lesung des genannten Entwurfs durch den Mund des Abgeordneten Grafen Mielzynski angesagt, daß sie für die weitergehenden Anträge der Linken stimmen werde, aber im Falle der Ablehnung derselben ihre Unterstützung den Anträgen des Zentrums und der Konservativen, welche mit Einverständnis der Regierung erfolgten, wird zuteil werden lassen.

Schon gestern legten wir Verwahrung ein gegen eine so aufgefaßte „positive Arbeit“, d. h. gegen das weitere Beschreiten der Wege der preussischen bzw. reichsdeutschen Politik und der Regierung.

Wie der Bericht des polnischen Pressebureaus zeigt, hat die Fraktion gestern in der dritten Lesung die Ankündigung des Grafen Mielzynski nicht verwirklicht; im Gegenteil, sie enthielt sich der Stimmenabgabe bei dem konservativen Antrag, im Sinne des Wunsches der Regierung, den weitergehenden Beschluß der zweiten Lesung umzustoßen und den Beschluß der Kommission wieder herbeizuführen (nach dem Zentrum-Konservativen Antrag). Auch bei der endgültigen Abstimmung enthielt sich die polnische Fraktion der Stimmenabgabe.

Die Fraktion hätte in beiden Fällen direkt gegen den Antrag bzw. das ganze Gesetz stimmen können; aber auch diese Tatsache, daß die Fraktion in der dritten Lesung nicht „positiv“ gestimmt hatte, wie es Tags zuvor der polnische Redner ankündigte, begrüßen wir mit Genugtuung.

Aber andererseits, was muß man von der politischen Orientierung der Reichstagsfraktion halten, wenn die offiziellen Worte den Tatsachen nicht entsprechen? Das Verhalten der Fraktion gegenüber der Finanzreform, wie auch gegenüber dem Gesetz über die Gehaltserhöhung der Reichsbeamten, beweist, daß die Fraktion politisch nicht orientiert ist, daß in ihr politische Verwirrung herrscht, daß dabei die Fraktion ohne direkte Leitung ist, bzw. die Leitung sich

tatsächlich — was Gott gebe, vorübergehend — in dazu am wenigsten berufenen Händen befindet.

Zu diesem Stand der Dinge führte die Fraktion das Programm der „positiven Arbeit“ gewisser Abgeordneter. Wir bemerken ausdrücklich, daß auch wir die Daseinsberechtigung einer positiven Arbeit anerkennen, aber einer gänzlich anderen, nämlich einer solchen, welche das unmittelbare polnische Interesse und nicht Nebenrücksichten im Auge hat. Diejenigen, welche das Programm der so aufgefaßten „positiven Arbeit“ aufstellten, wie sie sich uns in den letzten Wochen im Reichstage repräsentierte, waren immer dafür, daß es ihnen vor allen Dingen um die Hebung des Ansehens der Fraktion im Reichstage ging. Das Resultat dieser „positiven Arbeit“ ist aber geradezu umgekehrt. Das Zentrum allein hat vielleicht eine „bessere“ Meinung von der polnischen Fraktion bekommen; auf der Rechten sind die Meinungen zweifelsohne sehr geteilt, sicher gibt es dort Politiker, welche in tiefster Seele nicht ohne Geringschätzung auf die „Dienstleistungen“ der polnischen Fraktion blickten; von der Linken und ihrer Meinung brauchen wir wohl erst nicht zu schreiben.

Aber dies alles ist nebensächlich. Die Sympathien oder Antipathien der einzelnen deutschen Fraktionen und Parteien haben für uns eine untergeordnete Bedeutung. Wir bedauern es schmerzlich, daß die falsch aufgefaßte und durchgeführte „positive Arbeit“ die moralische Bedeutung der Fraktion im Lande erschüttert hat.

Das ist ein zu hoher Preis, dem Fürst Bülow zum Opfer fiel, um so mehr, als sein Nachfolger v. Bethmann Hollweg mit der ganzen Neugruppierung der Minister keine Garantie dafür bietet, daß der Abschnitt der konservativ-liberalen Politik im Reiche unwiderstlich und bedingungslos der Vergangenheit angehört. Die Fraktion konnte bei der Erbschaftssteuer mit dem Fürsten Bülow abgerechnet, sie konnte sich in der Folge in mehreren anderen Fällen im deutlichen Interesse der Gesamtheit positiv engagiert haben, aber dieses Interesse der Gesamtheit hätte die entschiedene Grenze bilden müssen, welche im Namen dieser oder jener Einbildungen einer falsch aufgefaßten Politik der „positiven Arbeit“ nicht überschritten werden durfte. Aber auf jeden Fall war es angebracht, die politischen Ambitionen der sich politisch noch unzulänglich im Gleichgewicht befindlichen Faktoren im Zügel zu halten.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Fraktion sich eine gewissenhafte Bilanz ihrer Politik aufstellen und aus ihr lebende, zur inneren Gesundung und Konsolidation der Fraktion führende Schlüsse

ziehen wird. Man muß der Wahrheit mutig ins Auge schauen können, um in Zukunft solchen Fehlern und solchem Scheitern vorzubeugen.

Aus Nr. 158 des Dziennik Kujawski (Pohensalza)
vom 16. Juli 1909:

Die polnische Fraktion nach der Arbeit.

Die Finanzreform ist angenommen, die Beamtengehälter sind erhöht, der Reichstag ist vertagt, ein neuer Reichskanzler ist ernannt, außer ihm befinden sich in den höchsten Staatsämtern auch andere Leute. Das sind die Änderungen aus den letzten Tagen. Mit schnellen Schritten sind sie vor sich gegangen, ihre innere Ursache liegt in dem Umstande, den die Finanzreform geschaffen hat.

Wir schrieben über diese Reform sehr häufig und umfangreich, zuletzt über das Verhältnis unserer Reichstagsfraktion zu ihr. Diesmal wenden wir uns noch einmal an die Taktik der Fraktion. Es erscheint uns notwendig, nach Erledigung aller Arbeit einige kritische Bemerkungen über die Fraktion zu machen.

Wir sind nicht die einzigen, die da behaupten, daß die Fraktion nicht alle Hoffnungen der Gesamtheit erfüllt, daß sie sich den Wünschen der Gesamtheit nicht angepaßt, daß die Taktik der Abgeordneten stellenweise im ausdrücklichen Widerspruch mit der Meinung der Gesamtheit gestanden habe.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß den Abgeordneten niemand Freiheit in Beschlüssen, Rücksichten auf verschiedene taktische Bedingungen usw. abspricht. Diesmal aber ging die Fraktion über das gewöhnliche Maß ihrer Freiheit hinaus, sie überschritt den Willen der Gesamtheit und beunruhigte sie dadurch.

Bis zur Abstimmung über die Erbschaftsteuer, gegen die die Fraktion stimmte und die damit fiel — und mit ihr auch Fürst Bülow —, handelte unsere Fraktion recht, sie ließ sich von sachlichen Rücksichten leiten und ließ auch die politischen nicht aus dem Auge. Nach dem Siege über Bülow ging, so scheint es uns, die Freude bzw. die Sicherheit bei manchen Abgeordneten so weit, daß man sich in der positiven Arbeit so weit verstreuen wollte, daß es der Drohung eines Abgeordneten bedurfte, er werde aus der Fraktion austreten, um die Begeisterung abzukühlen.

Wir werden das Verhalten der Fraktion bei der Schlußabstimmung in der letzten Lesung der Finanzreform nicht wiederholen. Kritik darüber haben wir vor einigen Tagen geübt. Diesmal wollen wir Bewahrung einlegen gegen die Vorwürfe eines Posener Blattes, daß die Provinzialpresse in Sachen des Verhältnisses der Fraktion zur Reform nicht das Wort ergriffen habe. Im Gegenteil, das ist häufig genug geschehen; daß sie im letzten Falle erst nach der zweiten Lesung, also erst am Tage der dritten Lesung, auftrat, hat darin seinen Grund, daß den Blättern der Provinz weder der Telegraph noch das Telephon zur Verfügung steht. Schließlich aber hatte, wie wir bereits oben dargetan, die Gesamtheit gar keinen Grund, bis zum vergangenen Donnerstag, d. h. bis zu den beendigten Abstimmungen in der zweiten Lesung, über die Rolle der Fraktion unzufrieden zu sein.

Wir wollen uns nicht in Einzelheiten einlassen. Nach unserer Meinung hat die Fraktion, bzw. ihr Vertreter, einen Fehler begangen, weil sie sich über die Folgen der Erhöhung der Tabaksteuer nicht informiert hatte. Wenn wir vor der Hand auf die Stufe, daß vorwiegend unser Gewerbe auf dem Gebiete der Zigarettenfabrikation bedroht sei, mit kritischen Augen blicken, hätte doch die Fraktion nach unserer Meinung

gegen die Erhöhung der Tabaksteuer stimmen sollen, denn das Tabakgewerbe spielt bei uns eine große Rolle.

Außerhalb des Rahmens der politischen Klugheit unserer Gesamtheit im Lande liegt das Verständnis für die Ursachen des Stimmens für das ganze Gesetz. Es fallen in daselbe alle direkten und indirekten Steuern, also auch solche, gegen die die Fraktion bei den einzelnen Abstimmungen aufgetreten war. Wie es scheint, hat hier die Stimme derjenigen Abgeordneten gesiegt, die da zeigen wollten, daß die Polen trotz aller Schikanen verstehen, für die Arbeit zum Wohle des Staates einzutreten. Wir meinen, daß auch diese Taktik zu weit gegangen ist. Wir haben nicht die geringste Ursache, an der Aufwicklung der für die Regierung unliebsamen Verhältnisse mitzuarbeiten. In unserem Interesse liegt es, lediglich dafür zu sorgen, daß unsere nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Interessen keinen Schaden erleiden.

Und diesmal kann man nicht sagen, daß die Taktik der Fraktion der Gesamtheit keinen Schaden gebracht hat.

Es ist gewiß, daß die Fraktion mit ihrer positiven Arbeit weder die Regierung noch die Konservativen überzeugt hat. Im Gegenteil, sie alle stellen absichtlich die gemeinsame Arbeit der Fraktion als die politische Ursache für den Sturz des Reichskanzlers hin. Übrigens zeigen die Rede des Konservativen v. Seydebrand und die Stimmen der Regierung ganz deutlich, daß die Fraktion nach der Richtung der gemeinsamen Arbeit mit den Regierungsparteien nichts gewonnen hat. Sie hat sich dagegen bei der Linken sehr geschadet, die, wie zum Beispiel der Freisinn, es nicht so leicht vergessen wird, daß man sie vom Regierungstische entfernt hat.

Überhaupt fällt in der Fraktion der Mangel an Einmütigkeit auf. Der Wankelmuth war fast zum Grundsaß geworden, und Wankelmuth verlohnt sich niemals. Selbst bei der Abstimmung über die Erhöhung der Beamtengehälter stimmte die Fraktion in der zweiten Lesung gegen die Regierungsprojekte, und in der dritten Lesung, am folgenden Tage, enthielt sie sich aus unverständlichen Gründen der Abstimmung, anstatt ebenfalls wiederum eine gegenteilige Stellung einzunehmen.

Dieser Wankelmuth ist auch die Ursache dafür, daß in der Gesamtheit Zweifel aufzutauchen begannen. Die zahlreichen, gegen die Taktik der Fraktion laut gewordenen Stimmen werden die Abgeordneten wohl belehren, daß die nationale polnische Politik nicht auf diesem Wege schreitet.

Wir hoffen, daß sich die Fraktion aus den Stimmen ihrer Wähler informieren, daß sie aus diesen Stimmen eine Lehre ziehen wird, die sie einerseits nach Innen mehr zusammenschließen und sie andererseits den Wählern näher bringen wird, damit die Abgeordneten nicht nur die Vertreter der Wähler, sondern auch die der Meinung unserer Gesamtheit sind.

Aus Nr. 159 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 16. Juli 1909:

Nach der Demission.

Die Demission des Fürsten Bülow ist schon vollzogene Tatsache. Zu seinem Nachfolger hat der Kaiser den Staatssekretär von Bethmann-Hollweg ernannt. Zu Ende ist somit das Regiment des Kanzlers, der sich durch eine wunderbare Biegsamkeit des Charakters ausgezeichnet und viele Jahre lang einzig durch geschicktes Lavieren am Steuerruder des Staates erhalten hat.

Der gewesene Kanzler erachtete alles als gut, was zum Ziele führte, und nie war er in den Mitteln wählerisch. Von außerordentlicher Geschicklichkeit und Glätte wußte er sich Anhänger zu gewinnen durch Andeutungen und Versprechungen. Er imponierte dabei überaus durch seine Aufgeblasenheit, sodaß er stets von einer ganzen Schar von Anhängern umgeben war, die in ihm den Leitstern erblickten, der Deutschland zum Gipfel der Macht und des Ruhmes führen werde.

Die bei der Eröffnung des preussischen Herrenhauses am 14. Januar 1904 ausgegebene Parole „Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran“ verdrehte allen den Kopf und verlieh unerhörte Volkstümmlichkeit dieser seiner Politik, die es zu der Finanzkatastrophe gebracht, inmitten der er ruhmlos fiel, ein sehr trauriges Gedächtnis hinterlassend.

Die Geschichte Deutschlands wird auf ihren Blättern die Zeit des Regiments des Fürsten Bülow nicht mit goldenen Lettern verzeichnen. Wer später mit kritischem Auge ohne jedes Vorurteil in den gegenwärtigen Zeiten Umschau halten wird, dem werden erst dann alle die Niederlagen sich zeigen, welche das Regiment des neuerdings abgetretenen Kanzlers Deutschland zugefügt hat.

So wie alle seine Reden sich vor allem durch Glitterglanz auszeichneten, so war auch seine ganze Politik ein auf Effekt berechnetes Feuerwerk, welches zwar zunächst blendete, aber jeder realen Grundlage entbehrte.

Er wußte diese Politik anzupreisen und dafür mit großer Geschicklichkeit Reklame zu machen, ohne in den Mitteln wählerisch zu sein. Da er Grundsätze nicht hatte und somit auch nicht achtete, da er dabei von der Natur mit einer außerordentlichen Leichtigkeit begabt war, sich Umständen anzupassen, so bog er sich nach allen Seiten, vermied Hindernisse und zog einen ganzen Schweif von Satelliten nach sich.

Nur einer solchen Politik, wie sie Fürst Bülow betrieb, und nur einer solchen Persönlichkeit, wie er es war, konnte es gelingen, für eine gewisse Zeit die prinzipiell gegnerischsten Elemente zusammenzuscharen und einen konservativ-liberalen Block zu schaffen, ein Wechselbalg geradezu, wie ihn die Geschichte des Parlamentarismus bisher nicht gekannt hat. Aber der Ehrgeiz des gewesenen Kanzlers begnügte sich nicht mit dem Geschöpfe selbst. Mit seiner Geschicklichkeit brachte er es so weit, daß die einzelnen Teile dieses Blockes in dieser Verbindung sich ihrer kardinalsten Grundsätze entäußerten, die Konservativen wußten die Konservativen, die Liberalen die freisinnigen Grundsätze nicht mehr zu achten. Unter beiden Parteien verbreitete Bülow die ärgste Demoralisierung, indem er gerade dadurch eine gleichmäßige Masse zu schaffen suchte, die allen seinen Winken gefügig wäre.

Und man muß zugeben, daß ihm das fürs Erste vorzüglich gelang. Dreierlei Mittel verwandte er hierzu. Zunächst verhandelte er mit der einen wie mit der anderen Seite beständig unter der Decke, hier wie da Versprechungen bietend, die er nicht immer zu erfüllen imstande war; weiter weckte er den nationalen Chauvinismus, damit die Fähigkeit des gesunden Urteils verfinstert, und endlich bediente er sich gegebenen Falls eines Schreckgespenstes, als welches er je nach Umständen das Übergewicht des Zentrums oder auch die „polnische Gefahr“ verwendete.

Indem er jahrelang sich solcher Manöver bediente, lenkte er stolz das Staatsschiff, welches er mit vollen Segeln an die Spitze der ganzen Welt schob; aber da er ein schlechter Steuermann war, und die Ausschneiderei die Fähigkeit nicht ersetzen konnte, so leitete er das Schiff in finanzielle Moräste, in denen es bis über den Mast hinaus stecken blieb.

Da erst, als die Rettung des Schiffes Hingebung und Opfer forderte, zerfiel der künstlich zusammengeleitete Block, der die Besatzung bildete, da diese nicht das Schiff, sondern ihre eigenen Interessen verteidigte. Der Steuermann war ratlos. Nicht halfen mehr Deklamationen, nicht halfen chauvinistische Beschwörungen betreffend des Vaterlandes Wohl, nicht half der Hinweis auf das Schreckgespenst des Regiments von Zentrum und Polen.

Die konservative Partei verließ den Kanzler und verband sich mit Zentrum und Polen, um den Staat aus der finanziellen Not zu befreien. Die liberalen Parteien warfen einen Stein auf ihn, weil er nicht Gewalt anwandte zwecks Unterstützung ihrer Absichten.

Dem Kanzler, welcher sich allmächtig und unbeugsam vorkam, blieb nichts anderes übrig, als vom Amte zurückzutreten. Das Hauptcharaktermerkmal des früheren Kanzlers war Mangel an allen Grundsätzen, dafür aber die Fähigkeit, menschlichen Schwächen zu schmeicheln und sie zu seinem Vorteil auszunützen.

Nur in einer Hinsicht hat er während der ganzen Zeit seines Regiments eine Ausnahme gemacht und sich während dieser ganzen Zeit von einem unwandelbaren Gefühl leiten lassen. Das war ein klar bekannt gegebener Haß gegen alles, was polnisch ist und eine wahre Verfolgungswut, welche in ganz Deutschland Chauvinismus und nationalen Haß weckte. Ein unwandelbarer Freund blieb Fürst Bülow der ganzen Hafatistenschar, und er hatte in ihnen dankbare Freunde. Es gab auch kein ihrerseits ihm vorgelegtes Projekt, welches er nicht eifrigst aufgegriffen und mit seiner Geschicklichkeit durchgeführt hätte. Alle antipolnischen Gesetze der letzten Jahre haben wir ihm zu verdanken. In der Feindschaft gegen uns schwankte er auch nicht auf einen Augenblick. In seinen Reden schleuderte er gegen uns stets die ärgsten Verleumdungen, er beleidigte unsere heiligsten Gefühle. Er machte durchaus kein Hehl daraus, daß er uns erdrücken, erwürgen, mit Stumpf und Stiel auszurotten trachte. An einer anderen Stelle geben wir die Auslassungen des Kanzlers wieder, welche er dem Korrespondenten eines der deutschen Blätter betreffs der Beweggründe für seinen Rücktritt gemacht hat. Er verhehlt absolut nicht, daß vor allem die Polen ihn dazu bewogen haben. Er wollte, wie er sagte, an einer Entwicklung des Staates, wozu die Polen beitragen sollten, nicht teilnehmen. Er spricht uns das Recht auf alles ab und facht noch nach seinem Rücktritt den Haß gegen uns an.

Jede positive Tätigkeit unserer Fraktion, die dazu beitrug, die Reichsfinanzen aus dem Sumpf herauszuziehen, in dem er sie ertränkt hatte, verurteilt er, da er eine Gefahr für den Staat darin erblickt. Er bekennet offen, daß er die antipolnische Politik aus ganzem Herzen unterstützt habe, und regt dazu an, sie weiter konsequent durchzuführen, wobei er wiederum das polnische Schreckgespenst an die erste Stelle rückt.

Als verbissener und unveröhnlicher Feind des Polentums ist Bülow würdig, neben Bismarck ehrenvoll Platz zu nehmen. Er kam Bismarck in nichts gleich, in diesem widerlichen Gefühl hat er ihn fast überragt.

Ebenso wie seine ganze Politik, so beruhte auch der antipolnische Kurs, den er ansachte, auf dem Verbreiten von Lüge und Falschheit, auf dem Wecken antinationaler Leidenschaften, auf dem Aufstacheln von geradezu demoralisierenden Bestrebungen und Absichten. Er impfte Gift in die ganze deutsche Gesellschaft, deren Lebensäfte er verseuchte.

Uns und dem Zentrum gegenüber hegte er während der ganzen Zeit in seinem Herzen Haß, den er nicht verbarg, dem er bei jeder Gelegenheit gern Ausdruck verlieh, dessen er sich rühmte. Aber auch in dieser Hinsicht verließ ihn das Glück. Er fiel, ohne uns aus-

gerottet zu haben, und wie zur Ironie des Schicksals haben wir zu diesem Fall aktiv beitragen können.

In der Geschichte unseres Landesteils wird sein Andenken traurig eingezeichnet werden. Wir haben unter seinem Regiment Zeiten der ärgsten Verfolgung durchgemacht.

Und Deutschland? Was hat es dabei gewonnen?

Höchstens hat es alles Gerechtigkeitsgefühl eingebüßt — ein Gewinn von sehr zweifelhaftem Wert, — gewonnen hat es einen allmächtig gewordenen nationalen Chauvinismus, der außer dem „Gewalt geht vor Recht“ nichts sieht.

Der neue Kanzler übernimmt unter überaus schwierigen Verhältnissen das Staatsregiment.

Die Mittel zur Deckung der Defizite sind zwar bewilligt, aber die finanzielle Lage ist nicht gesundet, eine wahre „Finanzreform“ nicht durchgeführt. Diese Reform heißt eine Änderung der gesamten bisherigen Politik, eine in jeder Beziehung vorzunehmende Änderung des ganzen bisherigen Systems, das sich mehr durch Phantasie, als durch Tatsachen leiten läßt und gleichzeitig nichts und niemanden achtet. Eine Abkehr von diesem Wege wird nicht leicht sein. Es bedarf viel Kraft und eines unbeugsamen Charakters, um Deutschland auf andere Wege zu führen, um die ganze Politik von den chauvinistischen Einflüssen frei zu machen und sie auf die Grundsätze der Gerechtigkeit zu stützen.

Eine wahrhaft große Nation sollte sich nie erniedrigen zu Übergriffen und zu Gewalttätigkeiten, denn es setzt ihre Würde, ihre Kultur herab, und den zügellosen Instinkten des nationalen Chauvinismus muß durchaus ein Hemmschuh angelegt werden in der Schaffung einer gesunden öffentlichen Meinung, welche allen Mißbräuchen und Gewalttätigkeiten einen rücksichtslosen Kampf ankündigt.

Aus Nr. 159 des Wielkopolanin (Posen)

vom 16. Juli 1909:

Aus Anlaß der Demission des Fürsten Bülow schreibt der Wielkopolanin u. a. folgendes:

„Wir dürfen beim Kanzlerwechsel nichts erwarten, denn der antipolnische Kurs wird in nichts geändert werden. Wir haben nur diese Genugtuung, daß der offene und unverjöhnliche Feind der Polen seinen Abschied erhielt und das Volk das geblieben ist, was es war. Dieses wird auch in Zukunft mit so vielen anderen Feinden geschehen, wenn wir nur fest an unserer Nationalität halten werden.“

Der künftige deutsche Geschichtsschreiber, welcher die Geschichte über Bülows Kanzlerschaft schreiben wird, wird über ihn kein anderes Urteil fällen können, als daß er ein elender Schauspieler war, welcher seine Rolle sehr mangelhaft gespielt hat. Als Grabinschrift wünschte Fürst Bülow sich die Inschrift, daß er ein Kanzler der Agrarier war — viel passender wäre die Inschrift: „Hier liegt der politische Tanzmeister begraben, welcher den Kanzler imitierte!“

Aus Nr. 189 des Kurjer Warszawski (Warschau)

vom 11. Juli 1909:

Betrifft die Reifener Angelegenheit.

Die Reifener Sache — es handelt sich um einen ungeheuren, etwa 8000 Hektare umfassenden Güterkomplex, der in deutsche Hände übergehen könnte — hört selbstverständlich nicht auf, unsere Gesellschaft

lebhaft zu interessieren. Glücklicherweise ist die Sache weder endgültig verloren, noch gerichtlich entschieden. Es gibt noch Agnaten, die die Verträge von zweifelhaftem Werte bekämpfen können, es sind noch andere Ansprüche, als die des preußischen Fiskus vorhanden. Vielleicht hat der Fiskus deshalb Abstand genommen, bei den Verhandlungen mit dem verstorbenen Fürsten Anton Sulkowski im Charakter eines Nachfolgers und Erben der Edukations-Kommission aufzutreten, er trat nur als gewöhnlicher Käufer der Reifener Güter auf, denn nach der Auflösung des Majorats werden die Güter zu einem Privatbesitz.

Gegenwärtig tritt die Reifener Angelegenheit anscheinend in neue Bahnen, worüber uns in einem erschöpfenden Artikel das Lemberger Slowo Polskie unterrichtet. Nachdem das Blatt die Gründungsgeschichte des Reifener Majorats und der damit verbundenen Kombinationen geschildert, führt es unter anderem auch Einzelheiten über einen weniger bekannten, innerhalb der Familie geschlossenen Vertrag an, der darauf hinausgeht, daß das Majorat, im Falle des Aussterbens der Reifener männlichen Linie des Fürsten Anton Sulkowski, auf die Bielitzer Linie des Fürsten Franz Sulkowski übergehen solle.

Bis jetzt hat sich die Bielitzer Linie ihren Ansprüchen an das Reifener Majorat gegenüber vollständig gleichgültig verhalten, sie verschaffte sich nicht einmal das Recht zur Beteiligung an dem Familienrothe des Reifener Majorats. Erst in den letzten Tagen meldete seine Agnatenrechte an dasselbe Fürst Alfred Sulkowski an, ein Urenkel in gerader männlicher Linie des Fürsten Franz, des Mitbegründers des Majorats, Eigentümer des Rittergutes Grodowice bei Jelsztn in Galizien, zukünftiger Majorats Herr von Bielitz (gegenwärtiger Majoratsbesitzer ist sein älterer Bruder Fürst Joseph, ein geistig kranker, im Jahre 1848 geborener, unter der Vormundschaft des preußischen Gerichts in Bonn stehender Mann). Obwohl die Bielitzer Linie zum großen Teil germanisiert ist, so bildet doch Fürst Alfred in dieser Hinsicht eine rühmliche Ausnahme; denn seit 30 Jahren in Galizien lebend, fühlt er sich vollständig als Pole, ist Mitglied des polnischen Schulvereins in Schlesien, führt ein polnisches Haus, und seine Familie zeichnet sich durch aufrichtigen, wahren Patriotismus aus.

Zurzeit gilt er als der einzige Vertreter der Bielitzer Linie, da die anderen sich im Termin nicht gemeldet haben.

Dieser Angelegenheit haben sich die Rechtsanwälte in Lemberg, Posen und Lissa angenommen. Charakteristisch ist der Umstand, daß in dem Bielitzer Archiv der Fürsten Sulkowski ein zwischen den Brüdern geführter Briefwechsel nicht aufzufinden ist, wiewohl sich dort ein reicher Stoff in dieser Hinsicht befinden soll. Auch fehlt bei den Akten des Landgerichts in Lissa in der Prozessesache der Familie Potocki wegen Begründung ihrer Ansprüche an das Reifener Majorat gegenwärtig das Blatt 214, das den Briefwechsel zwischen dem Fürsten Franz und dem Fürsten Anton enthält.

Hinsichtlich der Rechtsansprüche an das Erbe finden wir im Slowo Polskie die nachstehende Aufklärung: Im Sinne des preußischen allgemeinen Landrechts, Titel III, §§ 123, 124 und 125 unterliegen die rechtmäßigen Fideikommißeigenschaft und das Fideikommißerbrecht nicht der Verjährung, also infolge Erlöschens der Reifener Linie ist Fürst Alfred Sulkowski als Vertreter der Bielitzer Linie zur Anspruchserhebung auf das Reifener Majorat vollständig berechtigt.

Außer dem Fürsten Anton Sulkowski haben ihre Ansprüche auch die Nachkommen der Gründer von mütterlicher Seite oder die sogenannten Erben zweiten

Grades, nämlich die Familie v. Modlibowski und die Grafen v. Potocki, angemeldet.

Binnen kurzem werden sich also neue Prozesse vor den preußischen Gerichten wegen der Ansprüche auf Reisen abspielen.

In diesem möglichen Falle bringt der Verfasser des Artikels im Slowo Polskie folgenden Gedanken in Vorschlag: „Es wäre wünschenswert, wenn mit Rücksicht auf die begreifliche Parteilichkeit und Voreingenommenheit der preußischen Gerichte in dieser Angelegenheit alle an dem Prozeß beteiligten Agnaten unter sich ein Abkommen, eine Art Versicherung zwecks gegenseitiger Unterstützung, Urkundenverteilung und Information abschließen. Dies würde sehr viel zur Aufklärung der Sache und Auffindung neuer Beweisgründe beitragen und auch mit der Ansicht der polnischen Rechtsgelehrten in Posen übereinstimmen, die ein bestimmtes, gemeinsames Vorgehen in dieser Hinsicht wünschen. Die Hauptaufgabe dieser Vereinigung wäre die, nicht zuzulassen, daß das Majorat aufgelöst und Reisen als ein Allodialbesitz erklärt werde. Im äußersten Falle würde es sich vielmehr empfehlen, die ganze Angelegenheit auf internationale Bahnen zu leiten und sie in den Parlamenten der Teilungsmächte zur Sprache zu bringen.“

Vielleicht würde sich eine derartige Verständigung tatsächlich empfehlen, denn die Reisener Majoratsangelegenheit hat viel mehr die Bedeutung einer die ganze polnische Gemeinschaft angehenden, als einer privaten Angelegenheit, und wir müssen von vornherein auf einen erbitterten Kampf seitens des preußischen Fiskus vorbereitet sein. Die Sache ist der Erwägung wert.

Aus Nr. 160 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 17. Juli 1909:

In der Angelegenheit des Verkaufs von Kruzewo.

Anlässlich der verschiedenen Kommentare, welche sich in der hiesigen Presse aus Anlaß des Urteils des Ehrengerichts in der Angelegenheit des Verkaufs von Kruzewo zeigten, wandte sich Graf Karl Potulicki an den Vorsitzenden dieses Gerichts, den Prälaten Dr. Jazdzewski, mit der Bitte um die Auslegung des Urteils. Er erhielt folgendes Antwortschreiben:

Geehrter Herr Graf!

Bezüglich des Wunsches, Ihnen die authentische Auslegung des Urteils des Ehrengerichts vom 10. d. M. zu übermitteln, teile ich Ihnen ergebenst mit, daß die in der Anklageschrift des Repräsentanten der polnischen Presse vom 21. v. M. enthaltene Insinuation, Sie hätten Ihr Gut Kruzewo dem Stefan Goetzendorf v. Grabowski in dem Bewußtsein verkauft, Goetzendorf v. Grabowski sei nur ein von der Ansiedlungskommission vorgeschobener Strohmann“ durch Einzelabstimmung deutlich und einstimmig beseitigt wurde. Deshalb entbehren die Schlüsse, welche von einigen Zeitungen aus dem Wortlaut des bezüglichen Verdicts gezogen worden sind, jeglicher Grundlage.

Das Ehrengericht hat nichts mehr festgestellt und konnte wegen Mangel an Beweisen nichts mehr feststellen, als nur die Tatsache, daß Sie die Verkaufsverhandlungen in einer unüberlegten und geradezu leichtsinnigen Weise geführt haben, was Sie übrigens vor dem Ehrengericht ausdrücklich zugegeben haben, und daß

Sie nicht die Pflichten erfüllten, welche ein Pole im preußischen Anteil beim Landverkauf zu beachten hat.

Schroda, den 14. Juli 1909.

Mit Hochachtung

Geistlicher Jazdzewski.

Aus Nr. 160 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 20. Juli 1909:

Polnische Wirte erklären sich mit der Anstellung eines evangelischen Lehrers an einer katholischen Schule einverstanden.

Wir teilten in der letzten Nummer mit, daß sich der katholische Schulvorstand in Junczewo mit der Anstellung eines evangelischen Lehrers an der dortigen katholischen Schule einverstanden erklärt habe. Wir wollten das anfänglich nicht glauben, erfahren aber aus zuverlässiger Quelle, daß solches tatsächlich geschehen ist. Diese Tatsache ist um so trauriger, als ein solcher Beschluß von Wirten gefaßt wurde, die in der Balukei als kluge Leute gelten. Es sind das die Herren Michael Jarmuz (der ehemalige Vorsitzende des landwirtschaftlichen Vereins, dessen Versammlungen er nicht mehr besucht), der Ortschulze Pieterek und L. Mnichowski.

Also die polnischen Wirte, die unsere teuren polnischen Kinder doch sicherlich lieben, überliefern sie gutwillig den Händen eines lutherischen Lehrers! Leute, schämt ihr euch denn nicht, könnt ihr denn den rechtschaffenen katholischen Polen noch dreist in die Augen sehen? Wo war euer katholisches Gewissen, als ihr dieses tatet? Ihr wißt doch, daß uns die Regierung alle zu Lutheranern machen will und daß sie bei den Kindern damit anfängt. Und ihr helft ihr bei dieser Arbeit, ihr polnischen Wirte, in die die Gesamtheit ihre größte Hoffnung setzt? Was hat euch so bestrickt, daß ihr das vergessen habt, was ihr am meisten verteidigen solltet? Erklärt uns das und bemüht euch wenigstens darum, diesen Fleck wieder einigermaßen zu verwischen, den aus eurem katholischen Gewissen und aus eurer polnischen Ehre niemand entfernen wird.

Aus Nr. 163 des Postep (Posen)
vom 21. Juli 1909:

Aus W o n g r o w i z schreibt man uns:

Der Geistliche Prokop ist von hier fort als Regens an das Komwitt zu Gnesen berufen worden. Herr Prokop war Religionslehrer am hiesigen Gymnasium. Man bedauert hier, daß er fortgeht, da er über die ihm anvertraute Jugend getreulich die Hut ausübte und dabei, so sehr er konnte, zur Pflege der polnischen Sprache anregte; denn er pflegte zu sagen, daß die Jugend im weiteren Leben ohne diese Sprache sich nicht begeben könne. Die geistliche Behörde hat ihn bestimmt in voller Anerkennung dieser seiner Tätigkeit in eine verantwortlichere Stellung berufen, wo ihm junge Leute werden anvertraut sein, die sich überwiegend dem Priesteramt widmen sollen. Auch im Gnesener Komwitt wird der Geistlich Prokop gewiß um die Pflege der polnischen Sprache, für die er ganz besondere Vorliebe und Gefallen hat, sich kümmern, da er doch weiß, daß die Jugend, aus welcher die künftigen Priester hervorgehen sollen, eine gründliche Kenntnis der polnischen Sprache besitzen muß. Solche Priester in solchen Stellungen tun uns mehr not, dann würde die Jugend sich wenigstens im Polnischen ausbilden. Am Geistlichen Prokop ist das umso mehr anzuerkennen, als er zwar von einer polnischen Mutter herstammt, sein

Vater aber ein deutscher Beamter ist. In unseren Verhältnissen ist in derartigen Stellungen selten ein so gerechter Geistlicher zu finden. Man muß jedem geben, was ihm gebührt. Der Geistliche Prokop kümmert sich nämlich nicht um höhere Gnade und Gnade, ihn bezaubert nicht die Größe des protestantischen Staats, sondern er handelt nach seiner Überzeugung und nach Gerechtigkeit, wie es jedem wahren Priester ziemt. Wir wissen, daß er bescheiden ist; er kümmert sich nicht um Lobeserhebungen, sie mögen herkommen, wo sie wollen; doch meine ich, daß man solche Handlungen voll anerkennen muß, und ich denke, daß er sich in Gnesen in seinen festen Grundsätzen nicht ändern wird, daß über ihn nicht solche Klagen werden laut werden, wie über seinen Vorgänger.

Aus Nr. 163 des Postep (Posen)
vom 21. Juli 1909:

Schweren z.

Vor einigen Tagen starb bei uns ein alter Briefträger. Als Beamter gehörte er — das ist klar — dem Landwehrverein an. Bekannt ist auch jedem, daß in diesem Vereine der Brauch herrscht, einen Verstorbenen mit Musik zu Grabe zu geleiten, obgleich das so aussieht, als wenn der Weg oder der Übergang in die andere Welt für den Verstorbenen etwas Lustiges wäre. Bei diesem naturgemäß traurigen Akt baten die beiden Söhne des Verstorbenen, die dem (polnischen) Gesangszirkel angehörten, diesen, an der letzten Dienstleistung für ihren verstorbenen Vater teilzunehmen. Da der Gesangszirkel seinen Kameraden die Bitte nicht abschlagen konnte, stimmte er nach Erledigung des kirchlichen Zeremoniells ein übliches Grablied an. Beim Klange des Pieves schickte Propst Rejczyk einen der daneben stehenden Herren zu der Kapelle des Landwehrvereins mit dem Ersuchen, sofort mit dem Spielen anzufangen. Doch diese Leute haben, obwohl sie Protestanten sind, mehr Gefühl, und sie bemerkten, es ziemte sich für sie nicht zu spielen, ehe die Sänger geendet haben würden. Da tritt Propst Rejczyk selbst heran und befiehlt ihnen zu spielen. Als die Musik diesen „Befehl“ vernahm, da ertönte sofort ein Choral, vielleicht ein lutherischer, der das polnische Kirchenlied übertönte.

Das geschah alles auf dem Kirchhofe am Grabe des Verstorbenen. Das ist merkwürdig, und um so sonderbarer das Benehmen des Propstes Rejczyk, denn das kirchliche Recht ist in dieser Hinsicht klar, wie man sich bei derartigen Beerdigungen mit der Musik, mit den Fahnen und mit den weltlichen Standarten zu verhalten hat.

Nach dem Begräbnis lud Propst Rejczyk die Landwehrleute zu sich ein. Nach beendeter Bewirtung verließen sie die Propstei über den Hof um die Kirche, und sie gingen da, wo jedes katholische Knie sich beugt, d. h. vor dem Hochaltar mit der Zigarre im Munde vorüber. Für diese Tatsache kann ich im Bedarfsfalle Duzende von Augenzeugen benennen.

Indem wir das zur allgemeinen Kenntnis bringen, warten wir ab, was die höhere geistliche Behörde dazu sagen wird.

Aus Nr. 162 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 20. Juli 1909:

Die Volksbank (Bank Ludowy) in Chwalfowo.

Am 14. Juli d. J. gründete Patron Wawrzyniak eine „bank ludowy“ in Chwalfowo, Kreis Schrimm.

Der neugegründeten Genossenschaft traten sofort 21 Mitglieder bei. In den Vorstand sind gewählt worden: Ignaz Wojciechowski, Landwirt aus Skoraczewo; Valentin Grzeskowiak, Landwirt aus Chwalfowo, und Franz Wojciechowski, Müller aus Chwalfowo. In den Aufsichtsrat sind gewählt worden: Propst Zmura aus Chwalfowo als Vorsitzender, Michael Musial II Landwirt aus Chwalfowo, als stellvertretender Vorsitzender.

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 160 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 17. Juli 1909:

Wird es besser oder schlechter werden?

Das Deutsche Reich besitzt einen neuen, den fünften Kanzler. Alle Reichsbürger beschäftigt die Frage, was man von dem neuen Leiter der Regierung zu erwarten habe. Auch die Polen beschäftigen diese Frage, unserer Meinung nach vollständig unnötig.

Viermal schon wechselten die Reichskanzler, und viermal machten wir die Erfahrung, daß in unserer Lage nur ein Systemwechsel in den Sphären der Regierenden eine Rolle spielen könnte. Indes bedeutet sowohl in Preußen als auch im Deutschen Reich ein Personenwechsel noch keinen Systemwechsel — wenigstens soweit die polnische Frage in Rechnung kommt.

Herr von Bethmann Hollweg ist uns gut bekannt als der Schöpfer des Maulkorbparagrafen im neuen Vereinsgesetz und als eifriger Befürworter von hafatistischen Überzeugungen aus den zahlreichen Reden, welche er im Landtage und Reichstage hielt. Sein Advancement vom Staatssekretär zum Reichskanzler wird in seiner antipolnischen Veranlagung nichts ändern, jedenfalls nichts zu unseren Gunsten. Es ist im Gegenteil zu erwarten, daß der neue Reichsbeamte wird nach Popularität in Deutschland durch Ausdenken und Einführung neuer Ausnahmegeetze streben. Diese Annahme ist keineswegs übertrieben, sondern im Gegenteil durch die ganze Stellung des neuen Kanzlers begründet.

Die Minister sind in Preußen-Deutschland nur hohe Beamte. Sie müssen öfters ihre Ämter gegen ihre eigene Überzeugung verteidigen. Wir wollen — Gott bewahre — keinen preußischen Minister durch den Verdacht der Polenfreundlichkeit kompromittieren. Aber auch, wenn es so wäre, würde er seine persönliche Überzeugung immer der in den höchsten Sphären herrschenden Strömung unterordnen müssen. Kein Reichskanzler und kein Minister empfängt sein Amt aus den Händen des Reichstages, sondern aus den Händen des Kaisers. Er muß also dem Kaiser gehorchen. Wird der Reichstag störrisch, wie es Bülow gegenüber geschehen ist, und verwirft er dieses oder jenes Gesetz, so erhält der Reichskanzler oder Minister seine Demission. Es kommt ein neuer, welcher wieder dem Kaiser gehorchen muß.

Es hat keinen Zweck, länger darüber zu debattieren. Der neue Reichskanzler wird, ob er Bethmann oder Seligmann heißt, die Polen nicht mit Handschuhen anfassen, sondern ihnen wieder die so gut bekannte kreuzritterliche Faust zeigen.

Dafür hat übrigens Fürst Bülow, „unvergeßlichen Angedenkens“ gesagt, der noch vor seinem Abgange vor dem Korrespondenten der Hamburger Korresp. sein Schwanenlied sang. Der kleine Bülow, der sichtlich auch nach Wallfahrten der Hafatisten nach Klein-Flottbeck nach dem Beispiel Bismarcks düstet, hat den Deutschen einen nicht geringen Schrecken eingejagt, daß jetzt nach seinem Abgange der ganze deutsche Beutezug in den polnischen Ländern zu Schanden wird. Bülow ist davon

so fest überzeugt, daß er dem bedrückten Deutschland sogar mit dem Geissenst des Redakteurs des Dziennik Berlinski droht.

Fürst Bülow war der persönliche Freund des Kaisers. Den Fürsten stürzten die Polen, über welche er sich nicht nur bei dem Hamburger Korrespondenten, sondern auch bei dem Kaiser beklagte. Der Kaiser hat ein gutes Gedächtnis, besonders den Polen gegenüber. Da Fürst Bülow dem Kaiser zu seinem Nachfolger Herrn v. Bethmann Hollweg empfahl, hat er sich zweifelsohne des letzteren Dankbarkeit zugesichert. Die Freundschaft des Kaisers und die Dankbarkeit des Herrn von Bethmann wird ohne Zweifel die polnische Haut blühen müssen.

So sieht die Angelegenheit vom rein menschlichen Standpunkte aus. Aber auch politische Rücksichten sprechen nicht minder dafür, daß der neue Reichskanzler in der Polenpolitik in die Fußstapfen Bülows treten wird. Die Konstellation der Parteien nach dem Auflösen des Blocks hat nichts zu unseren Gunsten geändert. Dieses zeigten wir vor kurzem in dem Artikel „Tauschen wir uns nicht“. Deswegen brauchen wir heute auf diese Angelegenheit nicht mehr zurückzukommen.

Es wird uns also nicht besser gehen, aber das ist noch kein Grund zur Verzweiflung. Wir haben den großen Bismarck und den kleinen Bülow überlebt, wir werden noch Größere und Kleinere überleben, aber nur dann, und zwar siegreich, wenn wir uns keinen Illusionen hingeben werden. Es ist besser, daß wir selbst die hofotistischen Dornsträucher ausroden, auch wenn sie manchmal schmerzhaft verwunden, als daß wir uns den Magen mit diplomatischen Birnen verderben, welche auf den Weiden der Freundschaft zwischen den Polen, dem Zentrum und den Konservativen gewachsen sind.

Aus Nr. 85 des Pielgrzym (Pielplin)
vom 17. Juli 1903:

Die polnischen Katholiken in Dirschau und die deutsch-katholische Geistlichkeit.

Gelegentlich der Grundsteinweihe für das neue St. Josephs-Vereinshaus in Dirschau hat der Ortspfarrer Defan und Delegat Sawicki die Worte gesprochen: „Ut omnes catholici fideles Dirsavienses essent unum.“

Diese Worte sind eine Paraphrase der Worte, die der Herr Jesus in seinem sogenannten hohenpriesterlichen Gebet Johannes XVII, 21 gesprochen hat.

Aber der Herr Jesus hat gesagt: „Ut omnes unum sint.“

Der Delegat Sawicki hat dort das Wort „essent“ gesetzt. Ich weiß, daß der Delegat die hl. Schrift kennt, — er hat sich also nicht geirrt. Ich weiß auch, daß er ein Kenner der lateinischen Stilistik ist, er hat also mit Absicht „essent“ gesagt.

Aber was bedeuten — so wird gewiß mancher Leser fragen — in diesem Wortlaut die Worte des Delegaten?

Darauf antworte ich: Diese Worte können eine zweifache Bedeutung haben:

1. Sie können sozusagen einen Vorwurf und eine Vorhaltung enthalten: Ach, wenn doch alle Dirschauer treuen Katholiken in Einigkeit lebten! oder

2. einen Wunsch, von dessen Nichtverwirklichung der Redner überzeugt ist, und der auf unsere Art lauten würde: „Wenn doch alle treuen Dirschauer Katholiken in Eintracht lebten, aber leider...!“

Ob der Delegat jene Worte so oder anders aufgefaßt hat, darum handelt es sich weniger. Schade

jedoch, daß er bei dieser Gelegenheit nicht deutlicher hervorgehoben hat, wer unter den Katholiken Anlaß zum Unfrieden gibt, denn die Stelle hätte sich hierzu sehr geeignet.

Hat sich doch vor kurzem im Danziger Westpr. Volksblatt und sogar in der lutherischen Dirschauer Ztg. der Leiter der Genossenschaft „Katholisches Josephshaus“, ein gewisser Herr Schulz, dahin ausgelassen, daß das Vereinshaus ein Sammelplatz für alle Deutschen sein soll, besonders für die zahlreichen örtlichen katholischen Vereine — zur Pflege des religiösen Lebens und zur Stärkung des nationalen Geistes. Polnische Vereine, deren es am Orte zwei gibt, und polnische Erwerbsgenossenschaften, d. i. die Volksbank, werden in dieses Haus keinen Zutritt haben.

Mit Recht hat sich somit der Delegat geäußert „ut omnes essent unum“, d. i. daß doch unter den Dirschauer Katholiken Eintracht herrschen möchte. Leider wollen die Deutschkatholiken sie nicht. Die Polen, die aus Unkenntnis allen drei deutsch-katholischen Vereinen angehören (zu dem Volksverein in bedeutender Zahl), geben ihr Geld auch zum Bau dieses Hauses her, aber ihre Sprache werden sie da nie hören — wahrhaft: ut omnes essent unum. O, mit Recht klagt der Seelsorger, wenn er unter seinen Schäflein eine solche Entzweiung sieht. Vielleicht sind ihm die weiteren Worte des Herrn Jesus eingefallen: „Daß alle eins werden in uns, damit die Welt erkenne, daß du (himmlischer Vater) mich gesandt hast!“

Fürwahr, der Herr Jesus hat die Priester dazu in die Welt gesandt, damit alle Schäflein in ihm, d. i. im Glauben an ihn, sich vereinen. Und wie geht es nun in unserer Diözese zu? Wie handeln die deutschen geistlichen Germanisatoren? Vereinen sie die Schäflein Christi? Nein, sie treiben einen Keil der Zwietracht zwischen sie: ihren deutschen Schäflein gegenüber sind sie willfährig, um sie kümmern sie sich, die polnischen Schäflein dagegen, die auf die deutsche Weide mitgehen wollen, treiben sie von sich, beeinträchtigen sie in und außer der Kirche und möchten sie am liebsten aus ihrem Schafstall Christi loswerden. Und dann bringen sie es fertig, zu ihrem himmlischen Meister zu beten: „Ut omnes essent unum — ich möchte gern alle Schäflein auf einer Weide vereinen, aber die polnischen Schafe wollen nicht.“

Doch ich will auf Dirschau zurückkommen. Wie sieht es in dieser Hinsicht in Dirschau aus?

Solange der Delegat nicht öffentlich aufzutreten begann, konnte er ein Muster für jeden deutschen Geistlichen sein. Doch seitdem er begonnen hat, „öffentliche Vergnügungen für seine Parochianen“, Papsijubiläumsfeiern zu veranstalten, seitdem er begann, an der sozialen Arbeit außerhalb der Kirche teilzunehmen, seit der Zeit kannte er nur noch „deutsche Schafe und deutsche Weiden“, seitdem hatte er für den polnischen Volksverein „keine Zeit“, oder nur ein „ich will noch sehen“, und dafür zog er das polnische Volk in die deutschen Vereine und in die deutschen Lokale.

Und was sagt die Pielpliner Behörde dazu? Damit den polnischen Schäflein in Dirschau nicht etwa der Mund wässere nach einem polnischen Hirten und einer polnischen Weide, hat man in Dirschau gegenwärtig lauter deutsche Seelsorger untergebracht. Bei diesen herrscht Einheit, Einheit in Allem: ein Schafstall, also eine Weise, ein Futter, ein Schuppen, eine Herberge — und alles deutsche.

Und die polnischen Schäflein? „Kommt zu uns, damit Einheit sei!“ so ruft man ihnen zu, „und wenn nicht, dann seht Ihr zu, — wir waschen unsere Hände in Unschuld, denn wir wollen Euch retten, Ihr aber wollt nicht!“

Wahrhaftig, „ut omnes essent unum!“ — diese Polaken wollen immer etwas besonderes haben, so ist es ihre Schuld, wenn sie zur Hölle fahren werden. Der polnische Geistliche führt die deutschen Schäflein auf die deutsche Weide und die polnischen auf die polnische — wie es recht und billig ist. Der deutsche Hirte spricht anders: „Der Herr Jesus hat mir geboten, alle Schäflein zu vereinen, (ut sint unum) vorwärts also alle auf die deutsche Weide, denn das ist bequemer und wird von den Mächtigen dieser Welt besser belohnt.

Der Herr Jesus hat den Aposteln das Gleichnis vom guten Hirten und vom Mietling erzählt. Man braucht kein berühmter Exeget zu sein, um diese polnischen Hirten zu den guten zu rechnen, denn sie bieten ihren Schäflein eine solche Speise, wie sie für ihre Zähne, ihre Zunge und ihren Magen entsprechend ist. Die deutschen Seelsorger aber, welche nach obigen Mustern verfahren, würde ich zu den Mietlingen zählen, welche der eigenen Bequemlichkeit halber ihre Schäflein auf eine nicht entsprechende Weide führen, um nur damit den Großen dieser Welt zu gefallen, welche einem gewissen Teile dieser Schäflein ihre Sprache tot machen, ihre Lebenskräfte schwächen wollen, damit sie völlig zugrunde gehen. Doch zum Trost für uns füge ich hinzu, was der Herr Jesus unmittelbar vor jenem hohenpriesterlichen Gebet gesagt hat: „Auf der Erde werdet Ihr Bedrückung haben, doch glaubt mir: ich habe die Welt besiegt!“

O ja, Vergnügen haben wir auf dieser Welt nicht, weder die polnischen Seelsorger noch die Schäflein, sondern im Gegenteil Bedrückung, Bedrückung auch seitens der Mächtigen dieser Welt und seitens derjenigen, welche pflichtgemäß uns nicht hintanziehen sollten.

Aber trösten wir uns. Der Herr Jesus hat gesagt: „Das sage ich Euch, daß Ihr in mir Frieden habet!“ Fürwahr, da werden wir Frieden, Linderung finden in unserer Betrübnis und in unserm Kreuz da werden wir auch den Lohn samt Christo finden.

Er hat die Welt besiegt, somit wird auch diese Bedrückung enden und die Gerechtigkeit mit der Zeit zur Herrschaft gelangen sowohl bei der weltlichen Behörde, als auch besonders bei der geistlichen Behörde und bei deren Exekutoren im Schafstalle Christi.

Pfarrer R.

Aus Nr. 86 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 20. Juli 1909:

Das Vordringen des Luthertums in den polnischen Landesteilen.

Es wird uns geschrieben: In Hoffstädt bei Pelpin ist der lutherische Friedhof, auf welchem die Lutheraner aus mehreren Dörfern, u. a. auch aus Pelpin selbst, begraben werden, überfüllt. Man wollte ein an den Friedhof angrenzendes Stück Land zukaufen, aber der Gemeindevorstand protestierte dagegen aus dem Grunde, weil der Friedhof auf dem Boden der politischen Gemeinde liegt. Das angerufene Gericht entschied zu Gunsten der Gemeinde. Die Kirchengemeinde wollte mit der politischen Gemeinde eine Verständigung anbahnen, aber diese blieb entschieden bei ihrer Ablehnung der Friedhofsvergrößerung. Schließlich blieb es dabei, daß alle Gemeinden ihre Toten auch weiterhin in Hoffstädt begraben konnten, nur Pelpin nicht. Es ist aufgefallen, daß gerade Pelpin ausgeschlossen wurde, aber es ist schwer, einen Verdacht zu werfen, wenn man keine Beweise dafür hat, warum es so geschehen ist. Der lutherischen Kolonie in Pelpin wurde geraten, ein

Stück Land von der bischöflichen Behörde zu kaufen. Wie bekannt, besitzt die bischöfliche Behörde das Gut Maciejewo, das geistliche Seminar dagegen das Gut Polko, welche tatsächlich der Bischof verwaltet. Diese Güter liegen in der Nähe von Pelpin. Die bischöfliche Behörde wollte das Land zu diesem Zwecke nicht verkaufen. Die Lutheraner begaben sich jetzt nach Wola, um aus Privathänden einige Morgen Land zu erwerben, traten aber von ihrem Vorhaben zurück, denn der Besitzer verlangte etwa 1000 Mark für den Morgen. In der Folge wandten sie sich an Szezeblewski in Pelpin, aber auch hier zerschlugen sich die Verhandlungen. Jetzt erneuerten sie ihre Petition an die bischöfliche Behörde, und als sie zum zweiten Male eine abschlägige Antwort erhielten, reichten sie an die Regierung eine Beschwerde ein. Die Regierung hat ihre Beschwerde berücksichtigt. Wie ich hörte, schrieb die Regierung zurück, daß man die Gemeinde Hoffstädt nicht zwingen könne, die Verstorbenen aus Pelpin auf ihrem Friedhof begraben zu lassen. Damit wurde den Pelpinern das Recht der Beerdigung ihrer Toten in Pelpin selbst zugesprochen, und weil dort bis jetzt kein lutherischer Friedhof existierte, hat die bischöfliche Behörde die Pflicht, ihnen für diesen Zweck ein entsprechendes Stück Land zu überweisen. Angesichts einer solchen Sachlage blieb der bischöflichen Behörde nichts anderes übrig, als den Rechtsweg zu beschreiten. Dazu holte sie sich eine Rechtsbelehrung vom Konsistorialsyndikus als Sachverständigen ein. Dieser erklärte, daß, sofern die Pelpiner zur Kirchengemeinde Hoffstädt gehören, die letztere verpflichtet ist, die Verstorbenen aus Pelpin auf ihrem Friedhof begraben zu lassen. Es ist also kein rechtliches Gesetz vorhanden, welches die bischöfliche Behörde zur Nachgiebigkeit zwingen könnte. Dieser Protest hat soviel genügt, daß sich bald beim Bischof der Landrat des Kreises Dirschau einfand. Was sie dort verhandelt haben, konnte ich nicht genau erfahren. Der Bischof beschwerte sich jedenfalls über eine solche Verfügung der Regierung und protestierte dagegen. Auch war er über das Auftreten der Hoffstädter Gemeinde empört, welche ihre Toten sozusagen — direkt auf die Straße wirft. Als der Landrat beim Bischof nichts erreichte, begab er sich zum Propst nach Pelpin und forderte kategorisch die Überweisung eines Platzes auf dem katholischen Friedhof, auf welchem die lutherischen Toten begraben werden könnten. Der Propst mußte diesem Verlangen Folge leisten und begab sich mit dem Landrat auf den Kirchhof. Der Landrat nahm das ihm vorgegeschlagene Stück an. In dem daraufhin aufgenommenen Protokoll protestierte der Propst gegen dieses Verfahren. Der Bischof beschwerte sich beim Oberpräsidenten. Sollte die Beschwerde keinen Erfolg haben, so beabsichtigt er die Sache dem höchsten Gericht in Berlin zur Entscheidung zu unterbreiten. Bis zur Erledigung dieser Angelegenheit werden die Lutheraner ihre Toten auf dem katholischen Kirchhof begraben.

So steht die Angelegenheit der heute brennend gewordenen Frage der Pelpiner Lutheraner, über welche — natürlich auf ihre Art — unlängst lutherische Zeitungen schrieben. Allerdings kann das, was ich hier schreibe, in einigen Einzelheiten etwas ungenau sein; denn ich schreibe nur das nieder, was ich von anderen Leuten hörte. Der Kern der Sache ist aber der, den ich hier zu schildern mich bemühte. Er beweist uns das eine, daß das Luthertum darauf verfaßt ist, dem bis dahin durch und durch katholischen Pelpin etwas lutherischen Geist einzupflanzen. Werden die Lutheraner die Erlaubnis zum Begraben ihrer Toten in Pelpin erhalten, dann — nach einer kleinen Weile — werden sie sagen, daß, wenn sie einen Kirchhof besitzen, sie auch ein Gotteshaus haben müssen. Nun, und das Luthertum wird dann in Pelpin auf eigenem Boden sein. —

Mit der Zeit finden sich Diafonissen ein — und das Lutheranisieren und die von ihm unzertrennliche Germanisation Pöpslins beginnt.

Aus Nr. 162 des Postep (Posen)
vom 20. Juli 1909:

Eine stumme Vorstellung.

Hochstüblau, den 16. Juli.

Eine unerhörte Geschichte ist Sonntag, den 11. d. Mts., in Pank-Westpreußen passiert. Dort wurde eine **stumme Vorstellung** gegeben, ausdrücklich eine **stumme**, denn die Schauspieler verständigten sich mittelst der **Zeichensprache**. Die Angelegenheit trug sich folgendermaßen zu:

Der dortige Volksverein „Oswiata“ beging sein 15. Stiftungsfest, und bei dieser Gelegenheit sollte das Schauspiel „Genovefa“ gegeben werden. Schon während des Waldfestes verboten die Gendarmen das Singen sämtlicher polnischer Lieder, indem sie bemerkten, daß nur das Singen deutscher Lieder gestattet sei.

Nach dem Rückmarsche sollte im Saale die Theater-vorstellung stattfinden, doch auch hier erklärte der Gendarm, daß nur eine deutsche Vorstellung gestattet sei. Die Erbitterung war sehr groß, der Saal fast überfüllt. Wenn man jetzt erklärt hätte, die Vorstellung könne wegen Verbots des Gendarmen nicht stattfinden, wer weiß, wozu es dann gekommen wäre. Es wurde also beschlossen, die Vorstellung zu geben, wenn auch in der Zeichensprache, damit dem Publikum für sein Geld doch etwas geboten werden konnte.

Als man eine solche Vorstellung sah, wußte man nicht, ob man mit den Zähnen knirschen oder lachen sollte. Das ist schon kein Beamtenuutwille mehr, das ist Verhöhnung der Bürger. Also die Bürger müssen es sich stillschweigend gefallen lassen, wenn ihnen der preußische Gendarm Beschränkungen auferlegt und Theatervorstellungen verbietet! Auf diese Weise wurden 2 oder 3 Akte gespielt. Plötzlich fragt der Gendarm, woher die Amateurschauspieler seien, wohl gewiß nicht aus Pank; er bekam die Antwort: aus Skurz. Jetzt stand er auf und verbot das Weiterspielen überhaupt.

So sieht also die gepriesene Bürgerfreiheit in Preußen aus! Es sei wie es sei, jene Vorstellung hatte trotz ihrer Originalität auch Seiten voll des Humors, denn die Spieler ließen sich nicht verblüffen. Im ersten Akt z. B. bei dem Liede „Mutig in den Kampf“ wurde auf einmal gesungen, was nach dieser Schweigsamkeit auf einmal gesungen wurde. Das ganze Lied wurde nach der richtigen Melodie auf la—la—la gesungen.

Es ist mir unmöglich, diesmal mehr zu schreiben, denn ich bin noch zu aufgeregt; später werde ich über die näheren Einzelheiten dieser Begebenheit berichten.

Ein Zuschauer.

Aus Nr. 164 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 22. Juli 1909:

Aus deutschen Händen zu erwerben.

In Bernsdorf, Kreis Bütow, Regierungsbezirk Köslin, sind aus den Händen Andersgläubiger mehrere Wirtschaften zu erwerben. Die Polen sind von dem Kauf nicht ausgeschlossen. Der Boden ist zum größten Teil Weizenboden. Die zum Verkauf angebotenen Wirtschaften sind verschieden; eine Wirtschaft ist 185 Morgen groß mit guten Gebäuden und großen zweischnittigen Wiesen, eine andere 195 Morgen, grenzt

an die katholische Kirche; schließlich zwei Wirtschaften von 55 und 170 Morgen.

Nähere Informationen erteilt uneigennützig Hr. Erbstowski, Besitzer in Bernsdorf, Kreis Bütow in Pommern.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 164 des Kurjer Śląski (Katowice)
vom 22. Juli 1909:

Die polnische Fraktion.

Die Taktik der polnischen Fraktion während der Finanzreformberatungen hat bei einem Teil unserer Presse eine lebhafteste Diskussion hervorgerufen. Manche Blätter verurteilten das Verhalten der Fraktion, andere wiederum bemühen sich, die Haltung der Fraktion wenn nicht zu verteidigen, so doch wenigstens zu rechtfertigen.

Doch nicht alle Stimmen unserer Presse, die die Haltung der Fraktion und die Finanzreform besprachen, waren aufrichtig. Und so verurteilten z. B. gewisse Volksblätter die Bewilligung der indirekten Steuern auf Zucker, Tee, Kaffee und Zündhölzer. Heißt das nicht Sand in die Augen streuen? Mit einer solchen Doppelzüngigkeit wird man nicht weit kommen. Das Volk wird sich nicht betören und ausbeuten lassen.

Aufrichtiger haben sich die demokratischen Blätter geäußert. Sie haben bewirkt, daß die Bevölkerung verlangt, die Fraktion solle ihren Schritt bei der Abstimmung in der Finanzreform rechtfertigen. Und man darf annehmen, daß die Fraktion ihr Verhalten im Reichstag dadurch rechtfertigen wird, daß sie eine Votschaft an die Nation erlassen wird.

Über die Notwendigkeit eines solchen Aufrufs der Fraktion an das Volk äußert sich der Dziennik Berlinski wie folgt:

„Unseres Erachtens müßte ein solcher Aufruf auch zur Abwehr gegen die Sozialdemokraten erlassen werden, die schon jetzt verschiedene Abstimmungen der polnischen Fraktion ausbeuten, um das unaufgeklärte polnische Volk — besonders in der Fremde — zu betören. Der Aufruf wäre auch deshalb notwendig, um über das Verhalten und über die in Frage kommenden Bestrebungen der Fraktion auch die in unserem Volke bereits aufgeklärten nationalen Faktoren gebührend zu unterrichten, die mitten in unserem politischen Leben stehen und fortwährend mit sozialdemokratischen Arbeitsgenossen in Berührung stehen müssen. Aus diesen Kreisen sind uns Stimmen der Unzufriedenheit über den augenblicklichen Beitritt zu der neuen Reichstagsmehrheit zu Ohren gekommen. Diese heißblütigen nationalen Elemente verstehen es einfach nicht, daß die Fraktion in gewissen Angelegenheiten mit den konservativen Junkern Hand in Hand gehen konnte, mit denselben, die im Landtag das Enteignungsgesetz durchgesetzt haben, und sie sind infolgedessen über unsere Abgeordneten entrüstet. Welche Unzufriedenheit deshalb gerade in den Kreisen unserer aufgeklärten Arbeiter und Handwerker herrscht, davon würde sich die Fraktion überzeugen, wenn bei uns wie früher öffentliche Versammlungen stattfinden dürften. Schon wenigstens zur Beruhigung der Gemüter in diesen Kreisen und dann als Waffe im Kampfe mit der sozialdemokratischen Agitation, die geradezu unehrenhafte Mittel anwendet, um das polnische Volk zu betören, wäre der Erlaß des in Rede stehenden Aufrufs angezeigt.“

Besonders für unsere Wähler in Schlesien ist eine Erklärung der polnischen Fraktion unbedingt notwendig, denn alle unsere Hoffnungen und Empfindungen haben sich in der polnischen Fraktion konzentriert, und

von der polnischen Fraktion haben wir mehr und eine gesündere Politik erwartet, als von der Zentrums-
partei, jetzt aber sind wir in unseren Hoffnungen
getäuscht worden.

Es ist zweifellos unangenehm, daß die Steuern
auf Kaffee, Zucker usw. bewilligt wurden, aber nicht
darum handelt es sich, denn diese Steuern wären auch
ohne die polnischen Stimmen durchgekommen, sondern
die Schlesier muß es schmerzen, daß die polnische
Fraktion bei der Beteiligung an den Beratungen über
die Finanzreform die Bedürfnisse des Volkes ver-
gessen hat.

Wenn irgendwo, so muß vor allem in Schlesien
gerade und ehrliche Politik getrieben werden, denn die
polnische Sache hat hier noch nicht tief Wurzel gefaßt,
und jeder falsche Schritt unserer Abgeordneten kann
der polnischen Sache nur schaden. Das müßte die
polnische Fraktion erwägen.

Aus Nr. 86 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 22. Juli 1909:

Zur Abstimmung der polnischen Fraktion

in Sachen der Steuern oder der Finanzreform schreibt
uns unser Korrespondent:

Im Großen und Ganzen könnte man mit der
Haltung der polnischen Abgeordneten in der Finanz-
reform einverstanden sein, wenn man erwägt, daß sie
sich bei der Abstimmung vom Wohle der Bevölkerung
leiten ließen. Daß sie aber die Lage der Regierung
zu berücksichtigen beschlossen haben, um sie aus der
Finanznot zu retten, das können wir niemals loben,
denn es ist längst allen bekannt, daß die Forderung
von polnischer Seite, man möge die polnischen Bürger,
wie Herr Czarinski sagte, für gleichberechtigt halten,
vergeblich ist, — die polnische Hilfe wird stets ange-
nommen, die Regierung aber vergift dies dem polnischen
Volke durch immer größere Bedrückung. Uns scheint
es, daß es auch jetzt notwendig wäre, der Entrüstung
nach dem Beispiel der Sozialdemokraten Ausdruck zu
verleihen. Zu einem solchen Verhalten sollten die
polnischen Abgeordneten die Nachricht von der Äußerung
des deutschen Kaisers gegen das polnische Volk ver-
anlassen. Auf die Stellungnahme der Zentrums-
partei mußte Rücksicht genommen werden, denn das Zentrum
unterstützte die Regierungspolitik, obgleich man die
Deutschkatholiken gleichfalls als Bürger zweiter Klasse
behandelte. Wir wenigstens würden die Regierung
nicht eher unterstützen, bis wir die volle Sicherheit
gewannen, daß dieser Behandlung ein für alle mal
ein Ende gemacht wird. Hat sich doch erst unlängst
ein lutherischer Pastor dahin ausgesprochen, die Regierung
solle eine Drangsalierung der Katholiken fordern, d. h.
sie sollten im Staate nichts bedeuten. — Wir stimmen
aber nicht dem Ratschlag bei, daß man wegen der
Rede des deutschen Kaisers gegen die Polen die Minister
im Land- und Reichstag interpellieren solle, denn dies
würde den Hakatisten nur Gelegenheit geben, das
polnische Volk zu schmähen und die Regierungspolitik
zu loben oder die erschütterten Stellungen der Minister
zu befestigen. Die ganze Welt weiß, daß die Polen
ihre Kraft nie dazu gebraucht haben, um Völker zu
bedrücken und Länder zu annektieren, wie dies die
Deutschen taten, denn nicht einmal nach der Schlacht
bei Tannenberg wollten sich die Polen an dem Kreuz-
ritterorden rächen; und seinen weiteren Bestand verdankte
der Orden lediglich dem katholischen Geiste des polnischen
Siegers, — ein lutherischer Sieger hätte dem Orden
für seine Raubzüge sicherlich anders aufgespielt.

Aus Nr. 155 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 11. Juli 1909:

Ein neuer Wahlverein.

Aus Zalenje wird uns mitgeteilt, daß mehrere
Volksgenossen der Gemeinde Zalenje einen „Lokalen
Wahlverein“ gegründet haben, welcher dem Kreis- und
Provinzialwahlkomitee unterstehen wird. In den Vor-
stand wurden gewählt: Hausbesitzer Viktor Jasionek
als Vorsitzender, Buchhändler Josef Sappa als Schrift-
führer, Reisender Alexander Lisek als Kassierer.

Dieser Verein wird sich mit den Reichstags-,
Landtags-, Gemeinde- und Kirchenvorstandswahlen
befassen und auf der Wacht der Bürgerrechte des
polnischen Volks stehen.

Aus Nr. 82 des Polak (Kattowitz)
vom 10. Juli 1909:

An die polnischen Bau-Handwerker und Arbeiter in Oberschlesien.

Verehrte Kameraden! Wenn jemand durch die
Industriefreie Oberschlesiens hindurchkommt und sich
die Bauten ansieht, die in dieser Gegend ziemlich zahl-
reich sind, so wird er bemerken, daß bei diesen über-
wiegend nichtpolnische Arbeiter und Handwerker
arbeiten.

Der frühere polnische Verband „Gegenseitige
Hilfe“ besaß in seiner Mitte sehr wenig Mitglieder
aus dieser Kategorie Handwerker und Arbeiter. Demnach
organisierten sich die polnischen Handwerker und
Arbeiter Oberschlesiens in deutschen Gewerkschaften.

Jetzt, nach der Verschmelzung der drei polnischen
Verbände in die „Polnische Berufsvereinigung“, haben
sich drei Abteilungen gebildet.

Jede dieser Abteilungen hat einen eigenen Vorstand,
der sich aus sachkundigen Leuten zusammensetzt, damit
er für die ihm entsprechende Kategorie Arbeiter tätig
sein kann. Und da über ihm der Zentralvorstand
steht, der die ganze Organisation beaufsichtigt, so wird
jeder einzelne Vorstand einzig und allein nur für die-
jenigen Handwerker und Arbeiter wirken, die ihm
anvertraut sind.

Ihr werdet, verehrte obereschlesische Brüder, zugeben,
daß man auf diese Weise etwas erreichen und die
polnischen Handwerker und Arbeiter organisieren und
gegen Ausbeutung schützen kann.

Darum fordert auch die „Polnische Berufs-
vereinigung“ diejenigen Brüder, denen das Wohl
unserer polnischen Brüder am Herzen liegt, auf,
möglichst bald unter den polnischen Handwerkern und
Arbeitern in Oberschlesien eine Agitation zu entfalten,
um sie für die eine gemeinsame polnische Organisation
zu gewinnen.

Wenn wir jetzt nach der Verschmelzung ein einziges
Ganzes bilden und entsprechende Einrichtungen besitzen,
daß wir um gute Ergebnisse unserer Arbeit nicht
besorgt zu sein brauchen, so sind wir auch dessen gewiß,
daß der polnische Arbeiter und Handwerker der oben
genannten Abteilung die Sache verstehen und aus der
Leihgarnie zu erwachen beginnen wird.

Der Vorstand der Abteilung dieser Kategorie
Arbeiter befindet sich in Posen, und zwar deshalb, weil
bis heute aus dem Großherzogtum Posen in der pol-
nischen Berufsvereinigung die meisten Arbeiter und
Handwerker organisiert sind.

Es hängt jetzt von euch, polnische Handwerker
und Arbeiter in Oberschlesien, ab, ob ihr eures Loses
eingedenk sein wollt.

Glaubet, daß nur eine Bruderorganisation, wie die deutsche dem deutschen Arbeiter, so die polnische dem polnischen Arbeiter am meisten helfen ann, und zwar deshalb, weil sie am besten fühlt, was den Arbeiterbrüdern fehlt; sie versteht am besten die Bedürfnisse ihres Landsmannes, sie spürt diese Schläge auf ihren eigenen Schultern, und darum ist sie auch bemüht, nach besten Kräften zu helfen.

Erwacht darum, liebe Brüder, und geht ans Werk, indem ihr Mitglieder überredet, in die Reihen der polnischen Arbeiter einzutreten. Lasset euch nicht durch fremde Organisationen betören. Mögen diese ihre eigenen Leute aufklären, denn sie haben noch am meisten solche, die die Augen verschlossen halten.

Alle näheren Erkundigungen zieht in Königshütte das Mitglied des Zentralvorstands und früherer Vorsitzender des Verbandes gegenseitiger Hilfe, Kamerad Wiczorek, ein.

Auch später, wenn hier eine Abteilung für Hüttenarbeiter sein wird, wird euch dieser in euren Anlässen vermitteln.

Ans Werk also, mögen euch eure Mitbrüder vom Hütten- und Bergfach nicht zuvorkommen, denn in euch schlägt das gleiche Herz der Liebe zur Arbeit an der Verbesserung eurer Existenz, die ihr erst dann erreichen werdet, wenn ihr alle wie ein Mann in der „Polnischen Berufsvereinigung“ mit dem Sitz in Bochum organisiert sein werdet.

Der Vorstand.

Aus Nr. 161 des Kurjer Slaski (Kattowitz)
vom 18. Juli 1909:

Aus Gleiwitz.

In unserer Stadt besteht seit einigen zehn Jahren ein Verein katholischer Arbeiter, dessen Satzungen auch Ziele und Bestrebungen einer Arbeiterorganisation enthalten. Im § 1, 3 der Satzungen lesen wir: „Beschäftigung und materielle Förderung der Arbeiterinteressen,“ und in § 2, 3 steht, daß man die Erreichung dieser Ziele erstreben wird: „durch schiedsrichterliche Vermittelung in Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, durch Eintreten für die Arbeiter bei irgendwelchen ihnen zugefügten Unbilden und Benachteiligungen, durch Abwehrmaßnahmen zum Schutze der Arbeiter.“

Der Inhalt und Sinn dieser Paragraphen ist also sehr leicht zu verstehen, sind sie aber schon jemals in die Tat umgesetzt worden? Den besten Beweis dafür, daß dem nicht so ist, haben wir jetzt nach dem Streik in der Hegenheidtschen Drahtfabrik. Gehört doch diesem Verein eine beträchtliche Zahl von Arbeitern an, die in der genannten Fabrik arbeiten; hat sich aber jemand des Unrechts dieser Mitglieder angenommen? Niemand. Weder der Präses, Herr Pfarrer Jaglo, noch der Vorstand dachte daran, daß ihnen die Pflicht obliegt, und daß es ihre Schuldigkeit ist, sich um die Mitglieder im Sinne der Vereinssatzungen zu kümmern. Ich will nicht etwa den einen, wie den anderen der Unkenntnis der Satzungen zeihen, sondern es scheint mir, daß die Schuld in etwas anderem besteht.

Es befinden sich nämlich im Vorstand und unter den Mitgliedern dieses Vereins „polnisch sprechende Preußen“ (als solchen erklärte sich in der vorjährigen Generalversammlung ein Vorstandsmitglied), und eben diese „Wohltäter“ versuchten schon zweimal diesen Verein dem Berliner „Verbande“ anzuschließen. In ihren Seelen keimen nämlich die Bazillen der „Christlichen“. Und angesichts dessen kann natürlich keine Rede davon

sein, daß dieser Verein jemals die Arbeiter in Schutz nehmen wird, denn dies würde erstens den Grundsätzen dieser „polnisch redenden Preußen“ und dann dem „christlichen Geist“ nach dem Begriff der Verbändler zuwiderlaufen.

Als das eine und zweite Mal versucht wurde, den Verein dem „Verband“ anzugliedern und der Herr Präses sehr dafür war, blieb er nur dank den Bemühungen einiger Mitglieder vor dieser großen „Gnade“ bewahrt. Er würde sich daher verlohnen, daran zu denken, ob sich dieser Verein nicht der „Polnischen Berufsvereinigung“ anschließen ließe. Wenn diese zweimal Versuche gemacht haben, so können auch wir einen dritten Versuch machen, der uns vielleicht gelingen wird. Mitglieder befinden sich dort ziemlich viele, und man könnte sofort eine zweite Lokalgruppe mit einem besonderen Vorstand ins Leben rufen. — Denn an diesem Verein hat man sowieso keine große Freude mehr. Hinsichtlich der Arbeiterbewegung tut er nichts, und in nationaler Beziehung erst recht nichts.

Die aufgeklärten Mitglieder werden hinausgeworfen, denn man sagt, sie seien als „Politiker“ und „großpolnische Agitatoren“ der Polizei zu gut bekannt; Vorträge dürfen den Mitgliedern nicht gehalten werden, denn in ihnen könnte „Politik“ enthalten sein; Diskussionen dürfen nicht geführt werden, denn das ist „Gekänk“, und so bleibt den Mitgliedern in den Versammlungen nichts anderes zu tun übrig, als nur mit den Köpfen allem zuzunicken, was der Herr Pfarrer sagt, und bis jetzt wird es auch so gehandhabt.

Und daß dies für uns ein Unglück ist, das wissen wir wohl, denn dadurch werden wir uns nie zu selbständigen Menschen emporheben, die mit dem Laufe der Zeit vorwärts gehen, sondern wir bleiben stets hinter den anderen zurück. Für wen dies aber bequem ist, das werden die geehrten Leser wohl wissen.

Könnten denn die Arbeiter in Gleiwitz hinsichtlich der Aufklärung nicht schon weiter sein? O, gewiß! Aber wer sollte sie belehren? Als Präses fürchtet der Geistliche irgendeinen unliebsamen Konflikt mit diesem oder jenem Fabrikdirektor, er würde die Gunst verlieren usw. Die hiesigen Kassierer der früheren „Gegenseitigen Hilfe“ aber sind eben Sprößlinge des erwähnten Vereins. Sie taten für die Arbeitersache absolut nichts, niemand kannte sie, und darum dauerte es auch ziemlich lange, bis es gelang, hier eine Filiale der „Polnischen Berufsvereinigung“ zu gründen.

Erwacht darum, Brüder, die ihr Mitglieder dieses Vereins seid und ergreift in dieser Angelegenheit das Wort in den Versammlungen oder in einer Zeitung, und wir werden sehen, was sich tun läßt. Wird die Mehrheit für die Verschmelzung mit der „Berufsvereinigung“ sein, dann werden wir zusehen, wie wir an euch herantreten könnten.

Sollte dies aber nicht gelingen, so laßt euch unter keinen Umständen betören, daß man euch in das Netz der „Verbändler“ hineinziehe, denn ihr habt euch überzeugt, was diese „Gepriesenen“ während des Streiks erkämpft haben. Durch ihre Praxis haben sie alles verdorben und ihre Mitglieder zum Streikbruch überredet. Man muß ihnen darum zeigen, daß euch endlich die Augen aufgegangen sind, „legt die Sensen an das Unkraut, welches unsere Felder überwuchert“, und rottet es aus Oberflechten ganz aus.

Aus Nr. 86 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 22. Juli 1909:

Aus Chrumtschütz.

Wie nachlässig das Volk in der hiesigen Gegend hinsichtlich der Aufklärung ist, davon zeugt der Mangel an Kenntnis von den Vorgängen in der Umgegend, obgleich uns die Deutschen in dieser Beziehung ein Beispiel geben, indem sie deutschen Blättern alles mitteilen, was Interessantes vorfällt. Und so ist nirgends eine Nachricht von dem Gewitter zu finden, welches die hiesige Gegend heimgesucht und während dessen ein Hagel viel Schaden angerichtet hat. Bei dieser Gelegenheit teile ich meine Ansicht mit, daß sich die polnischen Abgeordneten infolge des vom deutschen Kaiser bei der Zusammenkunft mit dem Zaren ausgebrachten Toastes so verhalten sollten, wie die Sozialdemokraten bei der Schließung des Land- und Reichstages, um ihre Enttäuschung kundzutun. Preußen wäre ohne die Hilfe der Polen aus dem Posenischen, aus Preußen und Oberschlesien, welche Landesteile hinsichtlich der Einwohnerzahl den fünften Teil des preußischen Staates ausmachen, nie zu der heutigen Macht gelangt. Nur mit Hilfe der Polen besiegten die Preußen Österreich und nur durch Rundgebung einer gerechten Entrüstung läßt sich zeigen, daß in Preußen dem polnischen Volke schändes Unrecht für das geschieht, was es für den preußischen Staat getan hat.

Aus Nr. 158 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 15. Juli 1909:

Aus Marklowitz, Kreis Rybnik.

Geehrte Leser, Sonntag, den 4. d. M. waren die Gemeindevertreter zu einer Gemeindefitzung bei Herrn Prol einberufen; es erschien auch ein Herr vom Landratsamt aus Rybnik, um einer Angelegenheit persönlich beizuwohnen, derentwegen schon seit zwei Jahren ein Streit tobt; auch ein Gendarm betrat den Saal, in welchem die Verhandlungen tagten. Es kamen 11 Mitglieder der Gemeindevertretung zusammen, aber keins vermutete, daß die Sitzung von einem Gendarmen überwacht werden würde. Man dachte, daß er nur als Gast daße, und erst am Ende der Verhandlungen gingen allen die Augen auf, als der Herr vom Landratsamt dem Gendarmen für den ihm erwiesenen Dienst dankte. Jetzt gingen allen die Augen auf, es entstand ein Lärm. So haben wir es in Marklowitz schon verdient, daß die Gemeindevertretung unter dem Schutz eines Gendarmen beraten soll? Dies wäre nicht so verwunderlich, wenn die Beratungen polnisch stattfänden, aber sie tagen schon seit längerer Zeit in deutscher Sprache, und auch die deutsche Sprache wird noch überwacht. Ich bemerke, daß alle, die die Gemeinde vertreten, Polen sind; zwar befindet sich unter uns ein geborener Deutscher, er ist aber ein Mensch, der gut polnisch sprechen und lesen gelernt hat. Er ist in der Gemeinde geachtet, denn er sagt stets: Sprecht polnisch, damit auch die Älteren verstehen, worum es sich handelt, aber seine Worte nützen nichts, denn nach der neuen Mode wird alles deutsch verhandelt. Die Älteren sagten, daß sie aus der Vertretung ausscheiden werden, denn wenn sie nur mit dem Kopfe nicken sollen und nichts verstehen, so wollen sie lieber austreten. Zu welchem Zweck übrigens der Gendarm die Beratungen der Gemeindevertretung überwacht hat, wissen wir vorläufig nicht. Aber das ist sicher, das nächste Mal wird die Gemeindevertretung damit nicht einverstanden sein, daß sie ein Gendarm überwacht.

Aus Nr. 85 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 20. Juli 1909:

Aus Grudschütz.

Der geehrten Redaktion teile ich einen unangenehmen Vorfall mit, der unserer Prozession in Oppeln zugestoßen ist. Als unsere Prozession mit Gesang und Musik das Regierungsgebäude erreicht hatte, näherte sich ein Polizist und verbot die Musik und den Gesang, weil dies angeblich die Andacht der Evangelischen störe. Wir können es uns nicht erklären, auf welche Weise unser Gesang die Andacht der Evangelischen stören könnte, denn wir gingen nach dem Ring nicht über den Regierungsplatz, sondern die Krafauer Straße. Erst vor dem Hotel zum schwarzen Adler durften wir ein Lied anstimmen und einen Weckruf spielen. Das gleiche Schicksal traf den Pilgerzug aus Groschowitz und Neudorf. Wir fragen, ob ein einschlägiges neues Gesetz erlassen worden ist? — (Betreffs der Prozessionen ist kein neues Gesetz ergangen. Der Grund, den der Polizist angab, ist durchaus nicht stichhaltig. Es ist anzunehmen, daß dies keine Schikane der Polizei, sondern eine Anordnung höheren Orts ist. Darum muß desto mehr eine Beschwerde auf dem Verwaltungswege erhoben werden, wobei wir gern behilflich sein wollen. — Die Redaktion.)

Aus Nr. 83 der Nowiny Raciborskie (Ratibor)
vom 17. Juli 1909:

Achtung, katholisches Volk!

Aus Arzyzanowicz bei Ratibor wird uns folgendes geschrieben:

„In unserer Gegend zieht eine Frau umher und verkauft protestantische (lutherische) Broschüren, Büchlein, z. B. „Die Söhne des Lichts“, „Selige Hoffnung des Christen“, die von der „Traktatgesellschaft“ in Riga (Rußland) gedruckt sind. Die Büchlein sind grau-grün. Leute, kauft von Hausierern keine Bücher oder Broschüren, auf denen die Approbation der katholischen Kirchenbehörde fehlt.“

Schon vor zwei Jahren schrieben wir, daß sogar die protestantische Kirchenbehörde vor diesen wandernden Agitatoren und Händlern in der Gegend von Ratibor, die dem polnisch-katholischen Volke lutherische Büchlein und Broschüren in die Hand drücken, gewarnt hat. Um so mehr muß man auf diese gefährlichen Apostel acht geben, die unter christlichem Dedmantel auf diese Weise das polnisch-katholische Volk von der katholischen Kirche loszureißen und für den Protestantismus zu gewinnen suchen.

Noch einmal rufen wir also aus: Achtung, katholisches Volk, vor diesen protestantischen Wanderagitatoren.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 159 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 16. Juli 1909:

Bülows und die Polen.

Das ganze Leben Bülows als Minister bildete eine Kette polnischer Beeinträchtigung. Und diese Beeinträchtigung mußte sich schließlich an ihm rächen, denn durch die Stimmen der schwer durch ihn beeinträchtigten Polen ist er erlegen, und er mußte die Erhabenheit seines Daseins als Minister aufgeben.

Aus der Unterredung, die er mit dem Redakteur der Hamburger Korrespondenz hatte, ist zu ersehen, wie schwer es ihm war, von einer Mehrheit abhängig zu sein, in der über sein Dasein die polnischen Stimmen zu entscheiden hatten und wie wütend er über die Konserativen ist, daß sie eine parlamentarische Situation geschaffen haben, in der die Polen das Zünglein an der Waage waren und daß es von ihrer Abstimmung abhing, ob er weiterhin wird im Amte bleiben können oder nicht.

Mit bitterem Schmerze sagte er, „daß er nicht habe abhängig sein wollen von der Gnade der polnischen Fraktion und daß er nicht habe wirken können in einer Situation, in der die polnische Fraktion eine solche Rolle spiele wie in der gegenwärtigen Mehrheit des Reichstages.“

Wir haben in unserer Sprache keinen passenden Ausdruck, um das Wort zu bezeichnen, das bei den Deutschen „Schadenfreude“ heißt; von den Deutschen aber haben wir gelernt, dieses Wort zu verstehen und zu empfinden, und in der Tat muß uns dies Gefühl beschleichen, wenn wir sehen, daß durch unsere Stimmen nicht nur unser, nach Bismarck, größter Schädiger gefallen ist, sondern daß er die durch uns erlittene Niederlage auch so sehr empfindet.

Ärgern aber sollte er sich über uns nicht. Als ein von der europäischen Kultur belehrt Mann sollte er unser Verhalten ihm gegenüber nur verständlich finden. Er ist in der Welt weit gereist, war der Vertreter Deutschlands in Ländern, die parlamentarisch regiert werden und sah doch so oft, wie die Parteien, denen der gegebene Minister Unrecht tat oder die er bekämpfte, jede sich ihnen anbietende Gelegenheit des Zusammenschlusses benutzten, um ihn zu stürzen.

Bülów aber tat uns großes Unrecht nicht nur als Partei, sondern als Nation. Er bemühte sich nach Kräften, einen großen Teil dieses Volkes aus seinen uralten Sitten zu verdrängen und aus der Erde, „auf der Polens Anfang war“, eine Mutter für fremde Ankömmlinge zu machen, er bemühte sich, das Volk zu zerstreuen, das dieser Erde Herr war.

Und dafür sollten die Vertreter dieses Volkes sich an ihrem Schmälerer nicht rächen, sobald sich ihnen Gelegenheit dazu bot? Wir wären ja geradezu politische Narren, wenn wir diese Gelegenheit nicht hätten ausnützen wollen. Wir würden uns ja selbst nicht achten können, und niemand würde uns achten, wenn wir nicht Hand angelegt hätten zu dem politischen Tode des Menschen, der unser Volk so sehr beeinträchtigte, der die ganze staatliche Macht gegen uns mobilisierte und uns dem deutschen Chauvinismus zum Fraße hingab, dem Chauvinismus, der stets durch ihn aufgeheßt wurde, der uns nicht nur im Bereiche des preussischen Staates verfolgte, sondern der alles in Bewegung setzte, um auch den Polen unter russischer Herrschaft keine Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und die dumme russische Regierung in ihrer antipolnischen Verblendung zu erhalten.

Wenn es im politischen Leben eine Vergeltung gibt, dann ist sie in diesem Falle tatsächlich eingetreten. Der, der so viel den Polen zugefügte Unbilden auf dem Gewissen hat, dessen Regierung von antipolnischen Gesetzen überfüllt war, der nach kaum einjährigem Amtieren als Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident schon eine große Jagd auf die polnischen „Kaninchen“ veranstaltet hatte, der fast jedes Jahr aus seinem antipolnischen Köcher vergiftete Pfeile gegen uns abschoss in Gestalt von Gesetzen, die gegen die Fundamente unserer Existenz gerichtet waren, der verantwortlich ist für das aller Kultur hohnsprechende Ansiedlungsgesetz, das unsere Bauern in die Zigeunerwagen hineintreibt, in denen ihnen auch noch nicht mal Ruhe gelassen wird, der das wilde Gesetz durchbrachte,

nach dem es gestattet ist, die Polen von ihrem väterlichen Erbe zu vertreiben, der, auf dem die Tränen und Schmerzen der für das polnische Gebet so unbarmherzig geschlagenen Breschener Kinder und tausender Opfer des Schulstreiks lastet, erhielt den Todeschuß, der ihn von der politischen Höhe herunterbrachte, gerade aus der Hand seines Opfers.

Und im Interesse des politischen Moral ist es gut, daß es so gekommen ist, auch zur Warnung seines Nachfolgers und eventuellen Racheisenerers. Mögen sie wissen, daß auch sie das treffen kann, was soeben den Halbgott der Polenfreßer, Bülów, betroffen hat.

Das polnische Volk hat den großen Bismarck überdauert, es hat den kleinen Bismarck: Bülów überlebt und wird alle seine größeren und kleineren Schmälerer überleben, wenn es nur den Glauben an sich selbst nicht verliert!

Aus Nr. 86 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 20. Juli 1909:

Verbot der polnischen Inschriften auf Grabdenkmälern.

Sogar schon am Orte der ewigen Ruhe können sie die polnische Sprache auf Grabdenkmälern nicht vertragen, denn diese könnte doch vielleicht die Friedhofsruhe stören. Auf was für Einfälle werden noch die Polenfeinde kommen, um sämtliche Spuren des Polentums sogar auf den Friedhöfen zu verwischen? Dieses ist in Holsterhausen in Westfalen geschehen, wo man der polnischen Sprache verbot, von den Denkmalinschriften herab zum Publikum zu reden. Und dieses geschieht im 20. Jahrhundert, im Jahrhundert der Aufklärung und der Elektrizität!

Dieses Verbot, welches uns im Zeitungsausschnitt übersandt wurde, hat folgenden Inhalt:

Bekanntmachung.

Auf dem Kommunal-Friedhof in Holsterhausen dürfen die Inschriften der Grabdenkmäler und Leichensteine nur in deutscher Sprache angebracht werden. Zuwiderhandlungen haben die Entfernung der Inschriften zu erwarten.

Gifel, den 25. Juni 1909.

Der Amtmann.

Berfermann.

* * *

Dieses Verbot charakterisiert die Kultur des Staates „der Gottesfurcht und der guten Sitten“.

Aus Nr. 154 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 10. Juli 1909:

Aus Erle bei Buer wird uns geschrieben:

Mit Freuden teile ich mit, daß in unserem Orte ein Sokolverein gegründet worden ist. Gelegentlich der ersten Versammlung traten dem neuen Verein 21 Kameraden als Mitglieder bei.

In den Vorstand wurden gewählt:

S. Krasyn, Vorsitzender,
Leod. Koczowski, Schriftführer,
D. Siemienski, Kassierer,
Rom. Wyzlic, Turnwart.

Die Versammlungen werden an jedem 3. Sonntag im Monat stattfinden, die Turnübungen an jedem Dienstag und Freitag.

Aus Nr. 13 des Robotnik Polski (Berlin)
vom 15. Juli 1909:

Cöpenick.

Der polnisch-katholische Kasimir-Verein hielt am 26. Juni d. J. seine Jahresgeneralversammlung ab. Es beteiligten sich 20 Mitglieder daran. Herr Krawczyk legte sein Amt nieder, an seine Stelle wurde Herr St. Szulc gewählt. Das Amt des Schriftführers bekleidet Herr J. Kaczorowski, das des Kassierers Herr Fr. Kaczorowski. Fahrenträger ist Herr L. Kempka. Außer dem gehören dem Vorstande an: Fr. Wojcizet, Bibl, Mikolajczak, Goralik, Jezonowski, Tomasz, Bonn, Storupa, Fr. Korpak, Joh. Korpak und A. Markiewicz.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 82 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 15. Juli 1909:

Kassenbericht des Komitees der P. P. S. für Rheinland und Westfalen vom 16. August 1908 bis zum 1. Juli 1909.

Einnahmen im IV. Quartal 1908:

25% für das III. Quartal 1908 bezahlten die Vereine:	
Borbeck	3,75 M
Herne	11,60 "
zusammen...	15,35 M

Einnahmen im I. Quartal 1909:

25% für das IV. Quartal 1908 bezahlten die Vereine:	
Recklinghausen-Süd	1,75 M
Borbeck	5,62 "
Herne	7,57 "
zusammen...	14,94 M

Anderer Einnahmen im I. Quartal 1909:

Im IV. Quartal blieben in der Kasse ..	0,15 M
Für 100 St. Maibons vom Verein Borbeck ..	3,00 "
zusammen...	18,09 M

Einnahmen im II. Quartal 1909:

25% für das I. Quartal 1909 haben bezahlt die Vereine:	
Borbeck	3,10 M
Herne	5,80 "
Recklinghausen-Süd	2,90 "
zusammen...	11,80 M

Anderer Einkünfte im II. Quartal 1909:

Bestand vom I. Quartal	7,29 M
Für 50 St. Maibons vom Verein Wanne ..	1,50 "
" 200 " " " " " Herne ..	6,00 "
" 200 " " " " " " Bremen ..	6,00 "
Flugblatt des Vereins " Bremen	7,50 "
5 Adeln (zum 1. Mai) vom Agitations- beamten der P. P. S.	0,50 "
Für 200 St. Maibons vom Verein Dort- mund	6,00 "
Für 200 St. Maibons vom Verein Reck- linghausen-Süd	6,00 "
Für 50 St. Maibons vom Verein Kattrop ..	1,50 "
" 200 " " " " " " Bankau ..	6,00 "
" 200 " " " " " " " Wilhelmsh- burg	6,00 "
zusammen...	64,09 M

Ausgaben im IV. Quartal 1908:

Für Agitationsreisen	11,10 M
Für Zusammenkunft des Komitees der P. P. S. in Gelsenkirchen	3,10 "
Stempeltischen	0,50 "
Kassenbuch	0,50 "
zusammen...	15,20 M
Kassenbestand...	0,15 "
	15,35 M

Ausgaben im I. Quartal 1909:

Zur Zusammenkunft des Agitations- komitees der P. P. S. in Oberhausen ..	2,80 M
Desgl. in Gelsenkirchen	3,10 "
Desgl. in Gelsenkirchen	3,10 "
Porto für Versendung der Maibons an die Vereine	0,80 "
Porto, Briefpapier und Umschläge	1,00 "
zusammen...	10,80 M
Kassenbestand...	7,29 "
	18,09 M

Ausgaben im II. Quartal 1909:

Postanweisung Strohmeier-Krefeld	0,20 M
Für 5750 Maibons an Strohmeier- Krefeld	11,50 "
Altschee zum Druck der Maibons an Strohmeier-Krefeld	5,50 "
Ausgaben des Schriftführers Wojcie- chowski vom 1. 11. 08 bis 1. 4. 09 ..	9,40 "
Zur Zusammenkunft der Vereinsvorsitzenden erhielt der Genosse M.	1,50 "
Porto für Versendung der Bons usw.	2,20 "
Zur Komiteesitzung in Wanne	4,10 "
Reise nach Oberhausen in Vereinsange- legenheiten	0,90 "
Zu Agitationszwecken für die Gazeta Robot- nicza in Kattrop	9,80 "
Desgl. in Wanne	4,10 "
Desgl. in Lünen-Süd	7,85 "
zusammen...	57,05 M
Kassenbestand...	7,04 "
	64,09 M

Stanislaus Zalisz,

Kassierer des rheinisch-westfälischen Agitationskomitees
der polnischen sozialistischen Partei.

Aus Nr. 83 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)
vom 17. Juli 1909:

Kassenbericht des Vereins der polnischen sozialistischen Partei für den Bezirk Kattowitz-Zabrze. (II. Quartal 1909.)

Einnahmen:

Rest vom I. Quartal 1909	416,00 M
80% aus den Lokalkassen für das I. Quar- tal 1909:	
Kattowitz	22,24 M
Zawodzie	20,98 "
Domb	18,08 "
Laurahütte	16,00 "
Zabrze	19,76 "
Pawlow-Bielszow	17,20 "
Zaborze	44,16 "
Rowawies	33,48 "
	196,90 "
Überschuß aus dem Vergnügen in Katto- witz am 16. Mai 1909	86,73 "
zusammen...	699,63 M

Ausgaben:

40% zur Kasse der P. P. S. für das I. Quartal 1909.....	98,45	M
Reisen zu den Sitzungen.....	18,50	"
Drucksachen.....	16,00	"
Straßen.....	31,80	"
Portounkosten.....	3,00	"
Kassenbestand.....	518,95	"
zusammen...	699,63	M

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 334 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 8. Juli 1909:

Die Mißerfolge der Ansiedlungskommission.

Vor einigen Tagen fand eine Vollsitzung der Ansiedlungskommission in Posen statt. Der Verlauf der Beratungen wird streng geheim gehalten, doch muß, wie die dortigen polnischen Blätter annehmen, über besonders wichtige Angelegenheiten verhandelt worden sein. Unter anderem müssen sicherlich die infolge der immer regierungsfeindlicheren Stellung der Ansiedler drohenden Gefahren besprochen worden sein. Schon in der vor einigen Monaten in Gnesen abgehaltenen Versammlung stellte es sich heraus, daß die von weit her herangezogenen und überall begünstigten Ansiedler nicht die Absicht haben, sich als wohl disziplinierte und den Anordnungen der Regierungspolitik gefügige Scharen zu betrachten, daß sie ihre wirtschaftlichen Interessen selbständig verteidigen wollen. Vorläufig wurde beschlossen, daß die Ansiedler dem allgemeinen preussischen Bauernbunde beitreten sollen, es läßt sich aber nicht voraussehen, ob nicht der neue Bund sich in Gegensatz zur Regierung stellen wird, ob er nicht eine die Pläne ihrer inneren Politik durchkreuzende Stellung einnehmen wird. Für die Ansiedlungskommission würde dies ein Todesstoß sein.

Ferner mußte die Ansiedlungskommission, wie die polnischen Blätter vermuten, eine zweite grundsätzliche Frage in Erwägung gezogen haben, nämlich, ob die aufgekauften Landgüter ganz aufzuteilen seien, wie dies bis jetzt geschehen ist, oder ob größere Restgüter zu belassen seien. Das erstere System wird von dem „Bauernbunde“, das letztere vom „Bunde der Landwirte“ verlangt.

Der Dziennik Poznański betont in einem den Beratungen der Ansiedlungskommission gewidmeten Artikel nochmals, daß deren Tätigkeit allen den Deutschen eine große Enttäuschung gebracht habe, die der Ansicht gewesen seien, es genüge vollständig, Millionen auf das Kampffeld zu werfen, um den Zweck der Entnationalisierung der Polen zu erreichen. Als dies trotz, fing man an mit Ausnahmegesetzen vorzugehen. Auch diese erfüllten nicht die Hoffnungen. Und so ist es gekommen, daß die Ansiedlungskommission immer mehr Gegner unter den Deutschen selbst findet und heute weniger darauf bedacht ist, polnischen Grund und Boden zu erwerben, als diejenigen deutschen Elemente zu beherrschen, welche sie selbst gedankenlos herbeigeschafft und die sich jetzt ihrer Herrschaft entziehen.

Aus Nr. 316 des Slowo Polskie (Lemberg)
vom 9. Juli 1909:

Der deutsche Ansiedlertag in Gnesen

war eine große Kundgebung der von der Regierung in den polnischen Landesteilen angesiedelten Kolonisten gegen die konservative Politik der deutschen Großgrund-

besitzer, gleichzeitig auch eine Kundgebung ihrer antipolnischen Gefühle. Die Ansiedler sind mit der Bevormundung und dem allmächtigen Einflusse der eigentlichen Urheber der antipolnischen Ansiedlungs-Politik nicht zufrieden. Nachdem sie in den polnischen Gegenden sich niedergelassen und die Verhältnisse kennengelernt hatten, kamen sie zu der Überzeugung, daß der konservative deutsche Großgrundbesitz die Ansiedlungskommission vor allen Dingen im eigenen, sowohl wirtschaftlichen als auch politischen Interesse unterstütze. Sie merkten, daß die an der Spitze der antipolnischen Bewegung schreitenden deutschen Gutsbesitzer namentlich darach strebten, sich materielle Vorteile zu verschaffen, die Bodenpreise zu heben, die antipolnischen Fonds sich im eigenen Interesse nutzbar zu machen, ihre Ansicht über die Ansiedlungskommission aber änderten, als die Zahl der Ansiedler immer größer und der Großgrundbesitz im ganzen kleiner wurde, gleichzeitig aber auch der Einfluß der Besitzer nachließ. Diese wendeten sich daher an den Reichskanzler v. Bülow mit der Bitte, man möchte aus den von der Ansiedlungskommission aufgeteilten Gütern größere Vorwerke, sogenannte Restgüter herauschneiden und diese gleichzeitig mit den, mit den früheren Gütern verknüpften Privilegien an den deutschen Adel abtreten. Diese vom Reichskanzler v. Bülow wohlwollend aufgenommene Forderung erbitterte die Ansiedler sehr und gab ihnen Gelegenheit zum ersten entschiedenen Vorgehen, zum kühnen Vorbringen ihrer längstempfundenen Klagen.

Die Hauptursache der Unzufriedenheit der Ansiedler ist die Art und Weise, in welcher sie von ihren amtlichen und nichtamtlichen Vormündern aus der Mitte der deutschen Agrarier behandelt wurden. Der aus der Mitte Deutschlands herangezogene, in gesellschaftlicher und politischer Hinsicht zielbewußte Ansiedler fand sich auf seiner Parzelle in der Provinz Posen oder Westpreußen in Lebensverhältnissen, die das Gefühl seiner eigenen Würde beleidigten. Die vollständige politische Abhängigkeit von der Ansiedlungskommission und deren Beamten, noch mehr aber das geringschätzig Verhalten der Vertreter des Großgrundbesitzes, die ihm gegenüber gern in der Rolle eines Wohltäters und Lehrers auftraten und sich Mühe gaben, sich in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht den Anschein von Führern zu geben, empfand er unangenehm. Diese sich aufdrängende und oftmals unerwünschte Bevormundung wollte der sich seiner bürgerlichen Rechte bewußte Ansiedler sich nicht gefallen lassen, auch schmeichelte ihm nicht die Rolle eines geistlosen Hampelmannes in politischen Angelegenheiten, namentlich bei den Wahlen, wo man ihm einfach befahl, für den von den Junkern, ohne jegliche Mitbeteiligung seitens der Ansiedler aufgestellten Kandidaten zu stimmen. Unter solchen Umständen ließen sich plötzlich seitens der hitzigeren demokratischen Elemente anfangs schüchterne, später immer lautere Proteste vernehmen und es entstand eine Bewegung, die sich die Gegner der Junker-Regierung geschickt zunutze machten, um die Ansiedler in einen offenen Kampf mit den konservativen Agrariern hineinzuziehen.

An die Spitze dieser Bewegung stellten sich die Nationalliberalen, und das Ergebnis ihrer Agitation ist die Gründung eines Bauernbundes für ganz Deutschland, zu welchem die erbitterten deutschen Ansiedler in den polnischen Landesteilen mühelos herangezogen wurden. Auf die Weise erhielten die Gegner der Junker einen mächtigen Stützpunkt im Osten gerade in dem Faktor, welchen der konservative deutsche Grundbesitz, als die natürliche Stütze seiner politischen Einflüsse, begünstigte. Aus der Rolle, die in dieser Bewegung die Nationalliberalen spielen, ergibt sich deren ganze politische Richtung, sowohl die Abneigung gegen die Agrarier, namentlich gegen den Bund der Land-

wirte, als auch das dem Fürsten von Bülow entgegengebrachte Wohlwollen, dem von allen Parteien lediglich die Nationalen treu geblieben sind, und schließlich die freundliche Stellung den Polen gegenüber.

Aus diesem Grunde kann die Gründung des deutschen Bauernbundes unter hervorragender Beteiligung der Ansiedler nicht als ein für das Polentum rückhaltlos günstiges Ereignis betrachtet werden. Die Ansiedler selbst betrachten sich als die Pioniere des Deutschtums in den polnischen Landesteilen, sie brüsten sich mit dieser ihrer Aufgabe und wollen nicht bei dieser Arbeit den konservativen Gutsbesitzern das Vortrecht und die Führung abtreten, und in dieser Ansicht werden sie von den Gegnern des Junkertums, den hafatistischen nationalliberalen Agitatoren bekräftigt. Sie wollen nicht als eine von den Gutsbesitzern geleitete Herde auftreten, sondern sie wünschen selbst die Verteidigung und Förderung des Deutschtums in die Hand zu nehmen und wir brauchen wohl nicht auseinanderzusetzen, daß eine solche selbständige Germanisierungsarbeit eine größere Gefahr für das Polentum bildet, als eine bürokratische Tätigkeit. Andererseits aber entstand unter der deutschen Bevölkerung in den polnischen Landesteilen immerhin eine Spaltung, die zu einem leidenschaftlichen inneren Kampf zwischen den polenfeindlichen Elementen führen kann, dieser Kampf aber kann unter Umständen die Verteidigung der polnischen Sache erleichtern und auch dezinj zu einer Wendung in den politischen Verhältnissen führen. Aus diesem Grunde verdient die unter den Ansiedlern in Erscheinung tretende Bewegung sorgfältige Beachtung von polnischer Seite.

Aus Nr. 314 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 13. Juli 1909:

Der deutsche Reichstag ist gefüllt.

Der deutsche Reichstag hat am Sonnabend die dritte Lesung der neuen Steuervorlagen beendet und somit das schwierige Werk der Reichsfinanzreform vollbracht, die dort seit zwei Jahren an der Spitze aller inneren Angelegenheiten stand und den Gegenstand erbitterter Parteikämpfe bildete. Diese von dem Fürsten von Bülow angeregte Reform sollte dessen Regierung für lange Zeiten in Erinnerung halten und seine Reichskanzlerstellung befestigen. Sie kam indes in einer ganz anderen Form zustande, als er es wünschte, sie verursachte den Zerfall der Mehrheit, auf die er sich stützte und bereitete ihm einen keineswegs ehrenvollen Untergang. Die Finanznot im Deutschen Reiche wurde beseitigt, die Geschichte jedoch wird nicht dem Fürsten von Bülow diesen Akt als Verdienst anrechnen.

Hinter seinem Rücken und unter Aufgabe der von ihm eingenommenen Stellung schloß der Bundesrat ein Kompromiß mit der neuen Mehrheit und nahm aus ihrer Hand die neuen Steuern an, zum Teil ganz andere, als die, mit denen der zurücktretende Reichskanzler Deutschland beglücken wollte. Diese Mehrheit erklärte sich zwar mit gewissen Zugeständnissen einverstanden, sie sind jedoch nur scheinbar und formell.

In dieser letzten Sitzung sprach im Namen der polnischen Fraktion der Abgeordnete v. Szarlinski und versicherte, die Polen hätten sich auf die Seite der Mehrheit nicht aus Voreingenommenheit gegen Bülow, sondern aus rein sachlichen Gründen und Rücksichten gestellt. Ob jedoch diese sachlichen Gründe bei jeder neuen Steuer stets richtig und zutreffend waren, darüber sind die Ansichten in der polnischen Gesellschaft im preußischen Anteil geteilt. Ein Teil der Presse macht sogar der polnischen Fraktion den Vorwurf, daß sie,

indem sie bei der Durchbringung einiger neuer Konsumsteuern mitgeholfen, ihre Grundsätze aufgegeben, der öffentlichen Meinung der breiten polnischen Bevölkerungsschichten keine Rechnung getragen und sich von der Zentrumsparlei zu sehr am Gängelbände habe führen lassen. Bei dieser ganzen Tätigkeit der polnischen Fraktion trat allzusehr die neue Richtung der positiven Arbeit für den Staat in die Erscheinung, deren Haupturheber der Abgeordnete Napieralski sein soll, der sich, trotz so vieler entgegengesetzter Erfahrungen, noch immer der Hoffnung hingibt, daß es ihm gelingen werde, mit dieser Arbeit, sei es auch nur einen Teil der Gegner, zu entwaffnen. Und obwohl der Dziennik Późnanski und andere ihm nahestehende Blätter sich der polnischen Fraktion sehr warm annehmen, so ist doch sowohl aus ihrer, als auch aus den entgegengesetzten Stimmen zu entnehmen, daß die dortigen breiten Schichten der polnischen Gesellschaft nicht sehr erfreut sind über die Tatsache der Zugehörigkeit zur Regierungsmehrheit, und daß sie daraus mehr auf negative als auf positive Erfolge schließen.

Die freisinnigen Parteien sind zwar schon vordem ihren liberalen Grundsätzen den Polen gegenüber untreu geworden, jetzt aber werden sie ihnen sicherlich wegen Zerstörung ihrer Hoffnungen und Erwartungen Rache schwören. Die Lust zu einer derartigen Rache kam ziemlich deutlich in den Sonnabendreden der liberalen Abgeordneten zum Ausdruck. Der Konservative Freiherr v. Hennebrand entschuldigte geradezu seine Partei, daß sie sich zufällig mit den Polen auf einer Seite gefunden habe und gab angesichts der Beunruhigung, die angeblich aus diesem Grunde in Deutschland entstanden, die feierliche Versicherung ab, daß dies auf die Haltung der Konservativen in nationalen Sachen von keinem Einfluß sein werde.

Es ist dies vielleicht der Fluch einer derartigen kleinen nationalen Minderheit in den großen, fremden gesetzgeberischen Körpern, daß, wenn sie auch zufällig das Zünglein an der Waage bildet, sie keinen Nutzen davon hat, daß sie sich dadurch mehr Feinde als Freunde schafft. Hiervon hat sich die polnische Fraktion in der Duma überzeugt. Möchte nicht das gleiche Los jetzt der polnischen Fraktion im deutschen Reichstage zuteil werden.

Das eine können wir uns heute schon offen sagen, daß die Finanzreform das Deutsche Reich nach außen hin ungemein stärken wird; dies aber ist doch wohl keine günstige Ankündigung für die polnische Nation.

Aus Nr. 318 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 15. Juli 1909:

Der neue deutsche Reichskanzler.

Am gestrigen Tage übernahm die Leitung der Staatsgeschäfte in Deutschland der neue, der fünfte Reichskanzler in dem wiederhergestellten deutschen Kaiserreiche. Es ist dies Herr von Bethmann-Hollweg, der bisherige Staatssekretär des Innern.

Seine Ernennung war für niemanden eine Überraschung. Schon von Anfang der letzten Kanzlerkrise an wurde er als der mutmaßliche Nachfolger des Fürsten von Bülow genannt, ja sogar, wenn andere Kandidaturen auftraten, die dem Kaiser von diesem oder jenem politischen Lager in Vorschlag gebracht wurden, wurde allgemein angenommen, daß er von allen die meisten Aussichten auf Übernahme des Erbes nach dem zurücktretenden Reichskanzler habe. Durch seine Ernennung für die erste Stelle im Staate erfüllte Wilhelm II. — was selten bei ihm der Fall ist — nur die allgemeinen Erwartungen, überdies befriedigte

er bis zu einem gewissen Grade fast alle Parteien, mit Ausnahme der extremsten, der „roten“ Linken. Die Konservativen betrachten den neuen Reichskanzler als einen mit Leib und Seele ihrer Partei ergebenen Mann und zwar mit volstem Recht, denn er ist ein preußischer Junker vom reinsten Wasser. . . .

Die polnische Bevölkerung im preußischen Anteil kann sich der Ernennung des neuen Reichskanzlers gegenüber vollständig gleichgültig verhalten. Herr von Bethmann Hollweg kennt zwar, mußte vielmehr die Verhältnisse in den polnischen Landesteilen aus der Zeit, als er noch in Bromberg amtierte, gut kennen, die Kenntnis jedoch dieser Verhältnisse und deren gerechte Beurteilung, das sind bei den preußischen Beamten zwei verschiedene Dinge. Wir können denn auch lediglich erwarten, daß er, ebenso wie er in Bromberg weder Wohlwollen, noch besonderen Haß den Polen gegenüber zeigte, auch in seiner Stellung als Reichskanzler lediglich der Vollstrecker des anti-polnischen preußischen Systems sein werde.

Nach Erledigung der Reichsfinanzreform noch unter der Firma seines Vorgängers wird Herr von Bethmann Hollweg wenigstens auf diesem Gebiete vorläufig keinen Schwierigkeiten begegnen. Die Reichstagsmehrheit erwies sich auch von vornherein ihm gegenüber sehr zuvorkommend, indem sie ihm noch eine andere Schwierigkeit, nämlich die Aufbesserung der Reichsbeamtengehälter, aus dem Wege räumte. Wegen dieser Angelegenheit drohte noch vor einigen Tagen ein scharfer Konflikt zwischen der Regierung und dem Reichstage zu entbrennen. Die Regierung hatte eine sehr bescheidene Gehaltserhöhung in Vorschlag gebracht, die Mehrheit des Reichstages aber, die offenbar nach Bewilligung so vieler, für die Allgemeinheit unsympathischer Steuern zum Teil sich rehabilitieren wollte, hatte bereits eine reichlichere Erhöhung bewilligt. Im letzten Augenblick jedoch hatte man sich noch besonnen und sich mit der Regierungsvorlage einverstanden erklärt, sodaß der neue Reichskanzler auch mit dieser Sache nichts mehr zu schaffen haben wird. Durch die vorgestern erfolgte Schließung des deutschen Reichstages wird ihm sogar die Möglichkeit gegeben, sich in aller Ruhe mit seinen neuen Amtspflichten vertraut zu machen.

Nach dem glänzenden politischen Redner, wie es Fürst von Bülow war, der manchmal durch seine ungewöhnliche Redefertigkeit die Zuhörer blendete, folgt jetzt ein mittelmäßiger, in seiner Ausdrucksweise etwas rauher, aber mit den parlamentarischen Erörterungen bereits wohl vertrauter Redner.

Dies ist alles, was über den neuen Reichskanzler gesagt werden kann. Seine Regierung wird sicherlich eine Fortsetzung der früheren Kompromißpolitik des Fürsten von Bülow sein, die innere Erschütterungen und neue Strömungen vermied, und die er erst vor zwei Jahren mit dem Erfolge aufgab, daß er sich selbst keinen Sturz bereitete. Herr von Bethmann Hollweg wird sich sicherlich diese Warnung zunutze machen, wird die Bildung fester Blöcke aufgeben und sich lediglich auf die zeitweiligen Mehrheiten stützen. Als preußischer Ministerpräsident wird er, trotz seiner liberalen Verfehlungen, Preußen ebenso wenig ein allgemeines, gleiches Landtagswahlrecht geben, wie es Fürst von Bülow gegeben hat. Fest und entschieden wird die preußische Politik unter seiner Regierung nur der polnischen Minderheit gegenüber sein. Diese Minderheit aber hat Bismarck glücklich überlebt, sie hat aber auch seinen kleinen, aber bössartigen Epigonen von Bülow überlebt, und sie wird leben und sich weiter entwickeln unter der Regierung des Herrn von Bethmann, und sollten auch aus seiner Hand auf sie neue Schläge fallen.

Aus Nr. 7 der Ukrainischen Rundschau (Lemberg)
vom 1909:

Auf dem Wege zur nationalen Schule und Selbstaufklärung.

Unter den Ruthenen Galiziens macht sich in der letzten Zeit ein mächtiger Drang nach Errichtung eigener Privatschulen und wissenschaftlicher Privatinstitute bemerkbar. Das ruthenische Volk und insbesondere seine Intelligenz gelangen immer mehr zur Überzeugung, daß ohne Bildung in den breitesten Massen der Bevölkerung der Kampf mit den übermächtigen nationalen Gegnern aussichtslos ist, wie auch, daß das ruthenische Volk, in dieser Beziehung auf eigene Kräfte angewiesen, zur Selbsthilfe und Aufklärungstätigkeit aus eigener Initiative greifen muß. Die Tatsache, daß die dahinzielenden Bestrebungen der ruthenischen Intelligenz sogar bei der meistens ganz verarmten ruthenischen Bauernschaft einen mächtigen Widerhall findet, daß bei verschiedenen Geldsammlungen zu den genannten Zwecken auch ganz unbemittelte Bauern und Arbeiter ihr Scherflein beitragen, zuletzt die lebhafteste Aufnahme, welche jede neue ruthenische Bildungsanstalt, jedes wissenschaftliche ruthenische Privatinstitut in den ruthenischen Kreisen findet, bilden ein überaus erfreuliches Phänomen in der Entwicklung des ruthenischen Volkes in Galizien, wo dieses Volk unter den denkbar ungünstigsten Umständen einen so harten und so schweren Kampf um die Erhaltung seiner nationalen Existenz und eine bessere Zukunft führen muß.

Eine wichtige Etappe in dieser kulturellen Arbeit der ruthenischen galizischen Intelligenz bilden die „ukrainischen volkstümlichen Universitätskurse“ — ein neues wissenschaftliches Volksinstitut, welches soeben, und zwar am 2. Februar l. J., in Lemberg eröffnet wurde. Das Institut führt den offiziellen Namen: „Gesellschaft für ukrainische volkstümliche Vorträge zu Ehren Petro Mohyla“ (Towarystwo ukrainskych vykladiv imeny Petra Mohyly) zur Erinnerung an den berühmten Kiwer Metropolit Petr Mohyla, welcher noch im XVII. Jahrhundert († 1647) im Zentrum der Ukraine die erste ukrainische sogenannte Mohylanische Akademie gründete und sich seinerzeit besondere Verdienste um die kulturelle und nationale Hebung des ruthenischen Volkes erworben hat. Laut Statuten verfolgt die Gesellschaft nachstehende Zwecke: 1. Wissenschaftliche und wissenschaftlich-populäre, allgemein zugängliche Vorträge, Lektionen, Diskussionen, sowie Errichtung systematischer wissenschaftlicher Kurse in der ukrainischen Sprache. 2. Herausgabe wissenschaftlicher, wissenschaftlich-populärer, literarischer und publizistischer Abhandlungen. 3. Errichtung und Erhaltung allgemein zugänglicher Bibliotheken und Museen. Wie ersichtlich, hat der Verein einen weit ausgedehnten Wirkungskreis und erstreckt sich auf alle Gebiete wissenschaftlicher und literarischer Tätigkeit.

Die Gesellschaft besteht aus ordentlichen Mitgliedern und den sogenannten Ehrenmitgliedern. Mitglied des Vereins (ordentliches) kann jeder Angehörige der ukrainischen Nationalität sein, sowie ukrainische Vereine und Institutionen, welche in die Gesellschaft als solche vom Verwaltungsrate der Gesellschaft aufgenommen werden. Der Jahresbeitrag der Mitglieder beträgt 12 Kronen jährlich. Zum Ehrenmitgliede kann jeder ohne Rücksicht auf die Nationalität ernannt werden, der sich um die Wissenschaft, Kunst, Literatur oder um die Entwicklung der Gesellschaft selbst besondere Verdienste erworben hat.

Die Gesellschaft hat sich in der Weise konstituiert, daß zum Obmann Universitätsprofessor aus Lemberg und Reichstagsabgeordneter Dr. Alexander Kolesa, zu dessen Stellvertreter Professor J. Koforudz, zum Kassierer Professor Dr. Wladimirs Lewytschj, zum Sekretär Professor Dr. Rafowschj und zum Bibliothekar Professor Dr. St. Tomaszewschj gewählt wurden.

Die Eröffnungssitzung war besonders feierlich, und interessant ist, daß an derselben auch hervorragende Männer aus der russischen Ukraine teilnahmen. In seiner Inaugurationsrede hob Dr. Kolesa hervor, daß die Gesellschaft hohe wissenschaftliche und allgemein kulturelle Ziele verfolgt und daß die Kulturarbeit der Gesellschaft zur nationalen Konsolidierung des großen, durch Reichsgrenzen geteilten ukrainischen Volkes beitragen wird. Die Gründung einer analogen Gesellschaft in Kiew wird auch tatsächlich bereits in Erwägung gezogen.

Das Hauptverdienst um die Gründung der Gesellschaft gebührt ihrem jetzigen Obmann, welcher allerlei Hindernisse, die der Gesellschaft von den polnischen Landesbehörden in den Weg gestellt wurden, überwinden mußte, denn die Gesellschaft sollte anfänglich den Namen „Universitätskurse für das ukrainische Volk“ führen, was aber von der k. k. Statthalterei in Lemberg zur Zeit Potockis nicht zugelassen wurde. Grund: weil eine ukrainische Nationalität nach Ansicht der galizischen Landesbehörden überhaupt nicht existiert. Diese eigenartige Auffassung ist aller Wahrscheinlichkeit nach dem neuen Kurse der polnischen Politik entsprungen, welche die russophile Partei in Galizien und der Bukowina gegen die ruthenische (ukrainische) nationale Bewegung offenbar unterstützt.

Die Tätigkeit der Gesellschaft hat bereits begonnen. Es haben nämlich mehrere interessante Vorträge in Lemberg, Peremyshl und Strzyz stattgefunden, und die Bemühungen der Gesellschaft gehen eben dahin, die Abhaltung volkstümlicher Vorträge auch auf andere, größere Ortschaften Galiziens und der Bukowina auszuweiten.

* * *

Der Kampf der galizischen Ruthenen gegen die Polonisierungstendenzen auf dem Gebiete des Schulwesens geht in ein neues Stadium über. Wie bekannt, wird die Polonisierung ruthenischer Schulen in der Weise durchgeführt, daß einerseits die Beschlüsse ruthenischer Gemeinderäte, insbesondere in größeren Ortschaften (z. B. kleineren Städten) bezüglich der Einführung der ruthenischen Sprache als Vortragssprache nicht respektiert werden — andererseits dadurch, daß in ruthenischen Schulen in rein ruthenischen Gemeinden der Gebrauch der polnischen Sprache immer mehr erweitert wird. Die Ruthenen haben sich bis nun gegen diese Polonisierung ruthenischer Schulen sowohl im galizischen Landtage wie auch bei dem Landesschulrate in Lemberg beklagt, aber diese langjährigen Beschwerden haben, wie zu erwarten war, zu keinem Resultate geführt. Jetzt werden aus dem Volke selbst Stimmen laut, welche verlangen, man möge zu einer anderen Taktik übergehen und durch einen allgemeinen Boykott seitens der ruthenischen Schuljugend den Polonisierungsbestrebungen gegenüber den galizischen Schulbehörden entgegentreten. Die Angelegenheit hat das „National-Komitee“ in Lemberg übernommen, welches auch trachten wird, den bereits angekündigten Boykott zu organisieren und denselben in wirksamer Weise durchzuführen.

Die Angelegenheit befindet sich im Vorbereitungsstadium, aber schon die Aufrollung einer Boykottfrage beweist, daß unserem Volke in Galizien die Geduld

ausgegangen ist und daß unser Volk eine weitere Vergewaltigung auf dem Gebiete des Schulwesens nicht dulden wird. Den Polen kann man sagen: „Tu l'as voulu, George Dandin“....

Aus Nr. 8 des Ukrainischen Rundschau (Lemberg) von 1909:

Der „galizische“ Landsmannminister.

Das Land Galizien hat einen besonderen Vertreter im Rate der Krone, den sogenannten „Minister für Galizien“. Die Entstehung dieser Institution stammt noch aus der Zeit der Verfassungskämpfe in Österreich — sie bildete eine Art der Abschlagszahlung an das „Land“, welches in daselbe Verhältnis zum Gesamtstaate wie andere Kronländer dieser Reichshälfte gebracht wurde, dabei aber über Wunsch der maßgebendsten Kreise mittelst verschiedener Kunstgriffe eine Extra-Autonomie erhalten sollte. Wie bekannt, entstand die Institution im Jahre 1873, damals, als das angebliche „Recht“ der Landtage, den Reichstag durch ihre Delegierten zu beschicken, durch Einführung direkter Wahlen aus der Bevölkerung gebrochen wurde und das Land Galizien sich auch in der Beziehung mit derselben rechtlichen Stellung wie alle übrigen Kronländer begnügen mußte.

Tatsächlich hat die Institution des Ministers für Galizien keinen Sinn, schon aus dem Grunde, weil man nicht weiß, was der Minister für Galizien im Rate der Krone eigentlich zu vertreten hat. Die Kompetenz der Landtage und der Landesbehörden einerseits und diejenige des Reichsrates und der Zentralämter andererseits ist bereits im Staatsgrundgesetze vom Jahre 1867 streng und für das gesamte Staatsgebiet in demselben Ausmaße der Befugnisse abgegrenzt, und nachdem Galizien in eben dieser Beziehung keine Ausnahme bildet, so ist auch eine besondere Vertretung gerade dieses einen Landes im Rate der Krone unbegründet. Trotzdem hat sich die Institution bis auf den heutigen Tag erhalten und der Minister für Galizien wurde mit einem besonderen Vetorechte ausgestattet, welches darin besteht, daß der genannte Minister jede ihm unopportun erscheinende Maßnahme der Zentralbehörden in Bezug auf das Land Galizien durch Einsprucherhebung zu verhindern befugt ist. Sonst muß die Angelegenheit vor das gesamte Kabinett zur Beschlußfassung gebracht werden, ein Vorgang, welcher nur sehr selten vorkommen dürfte, wie überhaupt ein solcher Fall — uns wenigstens — nicht bekannt ist.

Auf dem Posten des Ministers für Galizien hat sich soeben ein Personenwechsel vollzogen. Der gewesene Minister Ritter v. Abrahamowicz mußte das Portefeuille niederlegen, um dem für den Posten vom Polenklub designierten Vertreter, Ritter v. Dulemba, Platz zu machen. Der Austausch der Personen ist hier ohne Belang; wichtig ist, daß bei der Gelegenheit das Wesen der Institution das erste Mal einer prinzipiellen öffentlichen Erörterung unterzogen wurde. Und eben diese Erörterung interessiert uns Ruthenen in besonderem Grade.

Herr Abrahamowicz hat, um sich auf dem Posten zu erhalten (er ist überhaupt eine politische Persönlichkeit von besonderer Elastizität!), sich auf den Umstand berufen, daß er als k. k. Minister in erster Linie Vertrauensmann der Krone, dann Vertreter des ganzen Landes sei, weswegen der Polenklub über das Portefeuille für Galizien und daher auch über sein Verbleiben im Amte zu entscheiden nicht berufen sei. Dagegen hat der Polenklub die Theorie aufgestellt, daß der Posten des Ministers für Galizien nur für den Polenklub geschaffen wurde, und daß daher diesen Posten

nur eine vom Polenklub designierte und dem Klub angehörende Persönlichkeit als Vertreterin dieses Klubs einnehmen dürfe. Diese Theorie soll angeblich auch durch die bisherige Praxis bekräftigt worden sein.

Herr Abrahamowicz hat ganz ohne Zweifel Recht gehabt. Denn es ist nicht wahr, daß das Ministerium für Galizien speziell für den Polenklub geschaffen worden ist, wie es auch nicht wahr ist, daß bis nun bloß die vom Polenklub designierten und dem Klub angehörigen Persönlichkeiten diesen Posten eingenommen haben.

Von seiten des ausschlaggebenden Faktors, der Krone, liegt uns eine Äußerung vor, welche aber eben der Auffassung der polnischen Kreise vollständig widerspricht. So lesen wir in der Thronrede vom 24. April 1873, mit welcher eben die Institution des Ministeriums für Galizien ins Leben gerufen wurde: „Die Bemühungen, dem Lande Galizien eine Erweiterung der Autonomie einzuräumen, haben nicht zum angestrebten Ziele geführt (dazu fehlte die Majorität im Ministerium und im Abgeordnetenhaus! Ann. d. Verf.); in der Berufung eines dem Lande Galizien angehörigen Mitgliedes in den Rat der Krone wird jedoch dieses Königreich einen Beweis fortdauernder Fürsorge erkennen.“ Nun, die zitierten Worte lassen über das vom Kaiser selbst präzipierte Wesen der Institution keinen Zweifel zu. Das Ministerium ist vor allem für das ganze Land, somit für beide das Land bewohnende Völker, nicht aber für die Polen allein, geschweige denn für den Polenklub bestimmt, zweitens soll auf den Posten überhaupt nur ein dem Lande Angehöriger, somit ohne Unterschied auf die Nationalität und die Parteiangehörigkeit berufen werden, wodurch offenbar gesagt werden sollte, daß mit diesem Posten auch die dem ruthenischen Volksstamme angehörigen Galizier betraut werden können.

Die bisherige Praxis bei der Besetzung des Ministerpostens für Galizien spricht auch gegen die vom Polenklub vertretene Auffassung. So wurde bereits der erste galizische Landsmannminister, Zehr. v. Ziemialkowski, nicht nur nicht mit Zustimmung, sondern direkt gegen den Willen des Polenklubs zum Minister für Galizien erhoben, und ihm folgten auch andere, welche gleichfalls ohne Zustimmung dieser reichsrätlichen Parteiorganisation mit dem Portefeuille für Galizien betraut worden sind. Die Minister dieser letzteren Kategorie bilden sogar die Majorität unter den bisher auf den Posten Berufenen, wenn wir nur auf Zaleski, Chlendorowski und noch Br. Loebel hinweisen, welche letzteren die Polen nicht nur nicht anerkannten, sondern sogar tacite mit allen Mitteln bekämpften und von seinem Posten zu verdrängen suchten.

Eine andere Sache ist, daß die bisherigien galizischen Landsmannminister lauter Polen, mitunter auch verbissene Ruthenenfresser waren, was schon mit dem allgemeinen, den Ruthenen feindlichen Kurs der jüngsten inneren Politik in Österreich, und zwar unter der Patronanz der maßgebendsten Kreise, in Verbindung steht. Der galizische Landsmannminister ist, allgemein genommen, nur eine unbedeutende, harmlose Persönlichkeit, er ist aber ein allmächtiger Herr, insofern es sich um die Zustände in Galizien handelt. Er ist vor allem der oberste Hüter des zu Gunsten der Polen geschaffenen Systems, jenes Systems, welches auf Rechtsbrüche und Gesetzesverletzungen aufgebaut ist und die rücksichtslose Vergewaltigung der ruthenischen autochthonen Majorität in Ostgalizien zu Gunsten der polnischen Kolonisten zum Ziele hat. Alle schauer-

erregenden Ereignisse der letzten Zeit, der systematisch betriebene Mißbrauch der Amtsgewalt in Galizien und das Blutvergießen bei den Wahlen, die Massenmorde an der ruthenischen Bauernschaft — Czernijiw, Ladzkie, Koropez, Czernychiw! — liegen auf den Gewissen der galizischen Landsmannminister, welche jede Einflußnahme der Zentralregierung zu Gunsten der Ruthenen, ja im Interesse der Herstellung der Rechtsordnung im Lande zu verhindern wußten. Der galizische Landsmannminister ist ferner der berufenste Informator der Krone über die in Galizien herrschende Lage; in welcher Richtung sich die bisherigen Informationen der galizischen Landsmannminister bewegten, beweisen am besten die unworichtig herausgegebenen „Memoiren“ des bereits genannten Ziemialkowski, welcher die tendenziöse und hinterlistige Beeinflussung der maßgebenden Kreise in Österreich, insbesondere auch des Kaisers, offen eingestanden hat. Wir Ruthenen haben daher genug Gründe, der sonderbaren Institution des Ministers „für Galizien“ unsere besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Wir Ruthenen glauben vor allem, daß es bereits höchst an der Zeit ist, dem bedauernswerten Treiben mit den „galizischen“ Landsmannministerien, der weiteren Wortspielerei und dem offensbaren Betrüge ein Ende zu bereiten. Ist der galizische Landsmannminister tatsächlich Minister für Galizien und das sollte er dem bereits Vorangesagten und dem Wesen und dem Namen nach sein! —, dann darf er nicht vom Polenklub als einer Parteiorganisation gewählt werden, sondern es dürfte auf den Posten nur eine Persönlichkeit berufen werden, auf welche sich die Vertreter beider das Land bewohnenden Völker einigen und welche auch verpflichtet wäre, für die nationalen Interessen beider Völker in gleichem Maße einzustehen. Nachdem das aber nicht möglich ist, und daß es nicht möglich ist, wird wohl niemand mit Recht bestreiten können, muß eben diese auf Betrug und List hinausgehende Institution ein für allemal abgeschafft werden. Wollen die Polen, bzw. der Polenklub ihren Landsmannminister haben, dann gut, wir haben nichts dagegen, aber dann müssen wir verlangen, daß wir auch einen Vertreter im Rat der Krone bekommen, denn wir haben das gleiche Recht mit den Polen, im Rate der Krone vertreten zu sein. Wir werden aber jedenfalls nicht mehr zulassen, daß man unter der Firma der angeblichen Landesvertretung weiter die ausschließlich polnische, ruthenenfeindliche Parteipolitik treibt, wie wir auch nicht mehr zu dulden gewillt sind, daß der gesamte Staatsapparat, die Zentralregierung samt ihren Organen von unseren nationalen Feinden durch ihren Vertreter einseitig beeinflusst werden!

Die verfassungswidrige, unsinnige Institution des Ministers für das „Land“ Galizien muß weg, um den nationalen Ministern beider Völker, Ruthenen und Polen, Platz zu machen!

Aus Nr. 151 des Dziennik Zwiazkowy-Zgoda
(Chicago, Ill.)
vom 29. Juni 1909:

Unter dem preussischen Pranger.
Dramatisches Bild in 2 Akten
von Janina Gorska.

Personen:

Matthäus, ein alter Landmann.
Hedwig, seine Tochter.

Johann, Sohn der Hedwig, 13 Jahre.
 Rätchen, Tochter der Hedwig, 12 Jahre.
 Martha, Bäuerin.
 Stefan, Sohn der Martha, 17 Jahre.
 Stach, Stellmacher.
 Grzela.
 Erster Landmann.
 Zweiter Landmann.
 Meyer, Dorfschullehrer.
 Kelermann, Spizel.
 Führer der Gendarmen.
 Erster Gendarm.
 Zweiter Gendarm.
 Der Geistliche.
 Die Gräfin.
 Der Edelmann.
 Der Doktor.
 Der Apotheker.
 Der Schuhmacher.
 Die Bäuerin.
 Gendarmen, Landleute.
 Dorfkinder.

Der Vorgang spielt im Posenischen. Die Landleute in großpolnischen Kostümen.

Erster Akt.

(Ein großer Platz. Links die Dorfschule mit einem nach dem Platz hervorspringenden Balkon. Die Aufschrift an der Schule in deutscher Sprache. Im Hintergrunde rechts sieht man das Dorfkirchlein. Auf dem Platz, in der Nähe des Kirchleins, ein Baum, unter diesem zwei Bänke. Neben der Schule eine mit wildem Wein bewachsene Laube. Vor der Laube stehen Kelermann und der erste Gendarm.)

Erster Gendarm.

Verstecke dich, denn bald aus der Kirche
 Wird das polnische Vieh herauszufließen beginnen;
 Mögen sie dich überhaupt nicht erblicken,
 Und sie werden alle in unser Netz gehen.
 Höre fleißig ihren Unterhaltungen zu.
 Sicher werden diese Bauernkerle die Deutschen ver-
 fluchen,
 Also werde ich einen Prozeß fertig haben.

Kelermann.

Oh, wir werden leicht mit ihnen fertig werden,
 Nicht umsonst gibt sich unser Meyer Mühe,
 Allgemeine Abneigung gegen uns zu erwecken;
 Wenn er auch die Bauern nicht zu Deutschen umarbeiten
 wird,
 So bereitet er dennoch sicher den Ausbruch vor,
 Denn jeder in der Schule verprügelte Koglöffel
 Entfacht in den Bauern den heimlichen Grimm;
 Es werden bald überall Bewegungen entstehen,
 Das Gerücht hiervon läuft schon überall um.

Erster Gendarm.

Ach, der Hatatismus wird sich freuen,
 Er wird nach allen Gegenden der Welt verkünden,
 Daß die polnischen Bauern Empörer sind,
 Daß in ihnen die wilde Raserei des Anarchismus steckt,
 Daß Deutschland von ihrer Seite der Untergang droht,
 Und daß das einzige Mittel hiergegen ist:
 Den Polen alle Rechte zu nehmen,
 Damit der Ruhm Preußens nicht geschmälert wird.

Kelermann.

Ja, ja! Unruhen sind uns notwendig.
 Wir sind die Spinnen, die Polen die Fliegen.

Erster Gendarm.

Oh, da kommt schon eine Fliege angeflogen,
 Spanne schneller deine Netze aus.

(Der Gendarm geht schnell fort und verschwindet in der Tür der Schule, während sich Kelermann in der Laube versteckt. An der Schwelle der Kirche erscheint Hedwig, hinter ihr Rätchen, Matthäus und Bartel; sie nähern sich langsam der Bank.)

Matthäus (zu Bartel).

Setzen wir uns, Nachbar, auf die Bank;
 Erzählet, was es neues in der Welt gibt?
 Ihr waret fast eine Woche nicht hier.
 Na, beginnet schon endlich.

Bartel.

Ich schweige, und zwar nicht ohne Grund,
 Denn ich bringe traurige Neuigkeiten;
 Schlimm, mein Nachbar, schlimm sieht es aus,
 In den Schulen wird das Blut der Kinder vergossen,
 Das Blut polnischer Kinder, unserer Kinder!
 Der Preuße trägt Haß im Herzen:
 Für das polnische Gebet, für ihren Glauben
 Erleiden die Kinder unmenschliche Strafen;
 Weil sie ihre Muttersprache sprechen,
 Fast wegen eines jeden polnischen Wortes
 Köhlen die deutschen Henker an ihnen erschrecklich ihr
 Mütchen!

Matthäus.

Ach die Hundebuttumpen, die Hundebrüder!

Hedwig.

Still, mein Vater! Gevatter, still!
 Vielleicht hört uns irgendein erbärmlicher Mensch.

Matthäus.

Und was ist dabei? Darf ich nicht sprechen?
 Den schweren preussischen Unterricht verfluchen,
 Der mit Gift die jungen Herzen vergiftet,
 Den jugendlichen Seelen Schaden bringt?
 (Mit der Hand nach der Schule zeigend.)
 Das ist kein Unterricht, das ist Marter!
 Das sind Gefängnismauern und nicht Schulmauern,
 Wo der Lehrer, der Henker der Schüler
 Sie anstatt mit dem Worte, mit der Peitsche unterrichtet.

Bartel.

Wißt ihr, warum Sophiechen krank ist?
 Meyer hat sie gestern so gräßlich verprügelt,
 Daß sie rückling mit dem Kopfe auf die Bank schlug,
 Die rechte Schulter ist ihr angeschwollen;
 Das Kind verlor die letzten Kräfte,
 Man mußte es zur Mutter tragen;
 Es hat geplatzte, blutige Hände,
 Eine Backe ist ganz verfärbt.

Hedwig.

Was ihr saget, ist schrecklich, schrecklich!
 Also sogar bedroht ist das Leben
 Unserer Kinder durch den Preußen!
 Oh! Elendes Schicksal der Bauern, das so schwer ist!

Matthäus (zu Bartel).

Warum läßt Martha dies durchgehen
 Und verklagt nicht diesen Satan?
 Dies schreit ja um Rache gen Himmel,
 Man muß die Klage bei Gericht einreichen.

Bartel.

Bei wem wird sie ihre Klage anbringen?
 Meyer ist Preuße, und die Richter
 Sind doch auch Preußen,
 Nach polnischem Blute begierige Lumpen!
 Die Martha wird noch etwas wegbekommen,
 Wenn sie im Widerstand beharren wird,
 Und man wird ihr ein politisches Verbrechen andichten.

Hedwig.

Meyer hat ihre Kinder gemartert,
Also wird ihr Leiden die Richter rühren,
Und Gottes Zorn wird sie schrecken
Und vielleicht wird ihr Gewissen erwachen.

Bartel.

Der Preuße ist ein Wolf, stets möchte er Blut trinken;
Er glaubt nur an die Kraft der Fäuste,
Was geht ihn die Stimme des Gewissens an?
Das ist für ihn ein Wort ohne Bedeutung.
Im Deutschen ist das Raubtier verborgen;
Wie ein ekelhafter Parasit
Wächst er und mäht sich ohne Ende
Auf Kosten der Kräfte, des Lebens seiner Opfer!

Hedwig.

Es quält mich etwas seit dem Morgen,
Ich bin um meinen Johann besorgt,
Ich kann heute nicht ruhig sitzen
Infolge dieser schrecklichen Erzählung.
Ich fühle, mir wird etwas Böses geschehen,
Denn er sitzt heute so merkwürdig lange in der Schule.

Matthäus.

Sie quälen dort unsere Kinder!
Und schade um den guten, lebhaften Knaben!
Dein Johannchen ist ein lebendes Bild;
Und es wird ein guter Pole aus ihm werden:
Er liest polnisch, schreibt glatt.
Er ist mir der liebste auf der Welt,
Dabei ist er fromm, wie selten einer.

Hedwig.

Ja, es ist wahr, er betet aufrichtig
Und wird alle Tage tugendhafter,
Aber diese deutschen Gebete
In ihrem verhaßten Geplapper
Wollen ihm durchaus nicht in den Kopf.

Johann (hinter der Scene klagend).

Oh! Mein Mütterchen!

Hedwig (empor springend).

Johannchen ruft mich!
(Alle horchen auf. Nach einer Weile kommt um die
Ecke des Schulhauses Johann mit verbundenem Kopfe,
auf Stefan gestützt. Beide Knaben haben blutige Hände,
Johann außerdem ein blutiges Gesicht; sie gehen sehr
langsam.)

Matthäus.

Endlich ist Johannchen zu sehen!
Aber wie langsam er sich dahinschleppt,
Auf die Schulter des Stefan gestützt.
Hedwig (mit schmerzlichem Aufschrei empor fahrend).
Ach! Von den Händen und vom Gesicht läuft ihm das
Blut herab!

Oh! Mein Kind, mein armes Kind!

(Eilt zu Johann, umfaßt ihn und zieht ihn an sich,
verzweifelt weinend. Nach einer Weile entfernt sie
ihn den Verband von der Stirne. Matthäus und
Bartel sehen mitleidig zu.)

Käthe (erschüttert).

Welch eine große Beule an der Stirn!

Stefan.

Das ist für dieses deutsche Gebet!
Jeder von uns versteht so zu beten,
Wie es ihn sein Mütterchen gelehrt hat;
Aber zu schwagen in der Sprache der Deutschen,
Die keiner von uns versteht,
Dazu sind nicht einmal die Väter im Stande.

Meyer ist gemeiner als ein Tier.

Er hat etwas in seiner Sprache geplappert,
Das preußische Gebet wollte er uns lehren,
Mit Geschrei wiederholte er es jedem;
Es wackelte sein roter Kopf,
Aber niemand begriff ein Wort.

„Polnisches Vieh“ brüllte der Lump!

„Ich werde euch zu Deutschen umarbeiten!“
Er ergriff das Mariechen, prügelte es gräßlich,
Sodaß mit ihr viele von uns weinten.

Der verbissene Deutsche sprang zwischen uns,
Ballte seine ungeheure Hand zur Faust
Und begann zu schlagen, der Satan.

Dem Johannchen schlug er einen Vorderzahn aus
Und schlug ihm nachher mit dem Lineal auf die Hände,
Bis bei uns allen Blut floß.

Matthäus (schmerzlich).

Ich kann von diesen Martern nicht erzählen hören.

Käthe (weinend).

Mütterchen! Johann hat eine gespaltene Augenbraue.

Stefan.

Der Deutsche hat ihn so mit seiner Klaue geschlagen.

Matthäus.

Oh! daß Gott ihr Geschlecht austrotten möchte!

Hedwig.

O Johann! Mein geliebter Johann!
Mein unglückliches Söhnchen!
Du kleiner Schwächling, so mit Blut besleckt!
Wenn dich dein Vater so sehen würde!

O ihr armen Kinder-Märtyrer!
Der wilde Henker fühlt an euch sein Mäutchen
Und die Mutter kann euch nicht schützen!

(Sie hebt die blutbesleckte Hand Johanns hoch und
sagt, die Augen zum Himmel erhoben):
Sieh dieses Blut, o Gott!

Möge es deinen gerechten Zorn hervorrufen,
Darum fleht dich eine arme Mutter an,
Denn du bist doch der Vater der Menschen!

Johann.

Weine nicht, weine nicht so, Mütterchen,
Denn dein Weinen bereitet mir Schmerz,
Mehr bedrücken mich deine teuren Tränen,
Als die strenge preußische Strafe.
(Hedwig ist bemüht, sich zu beherrschen.)

Matthäus.

Dem Deutschen werde ich das Blut des Kindes nicht
schenken,
Ich werde das ganze Dorf gegen ihn aufheizen.

Bartel.

Und ich werde euch helfen, Nachbar!
Man muß sich im gemeinsamen Elend helfen.
Wenn sich die ganze Gemeinde erheben würde
Dann würde der Deutsche vielleicht von hier ausreißen.

Matthäus.

Ich werde ihn beim Inspektor verklagen,
Vielleicht wird ihn die vorgesetzte Behörde bestrafen.

Bartel.

Sie sind alle gleichviel wert!
(Treten ab.)

Hedwig.

Kommt in die Hütte, liebe Kinder.
(Fortsetzung folgt.)

Aus Nr. 152 des Dziennik Związkowy-Zgoda

(Chicago, Ill.)

vom 30. Juni 1909:

Unter dem preußischen Pranger.

(Fortsetzung.)

Stefan.

Ich muß zu meiner Mutter zurückkehren,
Denn vielleicht ist uns Sophiechen schon gestorben,
So hat dieser Deutsche sie zer schlagen, dieser Naseweis;
Wir werden ihn zu Apfelmus zer schlagen,
Für das Unrecht und die kindlichen Tränen,
Alle Knechte werden aus dem Dorfe kommen,
Denn das der Sophie angetane Unrecht schreit nach Rache.

(Alle gehen ab. Kellermann kommt aus der Laube heraus und ruft durch dreimaliges Pfeifen den Gendarmen herbei, der unverzüglich erscheint.)

Erster Gendarm.

Und was hast du gehört?

Kellermann.

Biel! Biel!

Bartel steht an der Spitze des Aufruhrs,
Und eine Unzahl von Bauern stehen zu ihm,
Der Anarchismus unter ihnen dehnt sich aus;
Ich habe alle aufgeschrieben, hier ist das Verzeichnis.
Es ist die höchste Zeit zu handeln!

Erster Gendarm.

Du hast dich verständig gezeigt, Brüderchen;
Hier hast du 100 Mark Anzahlung. (Giebt ihm das Geld.)

Und den Rest später, nach dem Prozeß.
Wir werden jetzt offen zu handeln beginnen.

(Man hört Schritte in der Nähe.)

Gehen wir, denn es kommt jemand.

(Sie gehen fort, es erscheinen Bauern.)

Stach.

Wißt ihr es schon? Die Tochter der Martha ist gestorben!

Grzela.

Ja! auf Meyer lastet dieser Seele Tod, aber dies wird ihn gewiß nicht rühren

Und er wird toben wie vorher.

(Es erscheinen Stefan, mit einigen Knechten, Matthäus, Hedwig, Rätchen, einige Kinder, Martha und Bartel.)

Stefan.

(Der Schule sich nähernd.)

He! Du deutscher Hund, kriech aus der Bude!

Matthäus.

Daß dich Lump der Blitz erschlagen möchte,
Das Dach der verfluchten Schule zer schmettern,
Weil du zum Plappern die Kinder gezwungen hast.
Möchte euch Deutsche die Pest erwürgen.

Bartel.

Möchte euch die Hölle verschlingen
Für euer satanisches Werk.

Meyer.

(Zeigt sich auf dem Balkon.)

Polnisches Vieh! Was wollt ihr?

Martha.

Gieb mir, du Mörder, mein Kind zurück!
Sie lebt nicht mehr, mein Sophiechen lebt nicht mehr.

(Sie raust sich verzweiflungsvoll die Haare und beginnt zu weinen.)

Hedwig.

Er wird uns alle Kinder totschiagen.

Bartel.

Fort mit dir, du Mörder, aus diesem Dorfe!
Unsere Schule ist nicht für einen Herodes bestimmt!

Meyer.

Und weshalb brüllst du, polnische Viehherde,
Ich werde euch wegen eurer Gewalttat vor Gericht schleppen.

Einen kaiserlichen Beamten
Mißachtet ihr ungebildeten, wilden Schmierfinken,
Aber im Gefängnis werdet ihr dafür verfaulen.

Ihr verachtet die deutsche Bildung,
Und ihr ruhmvolles, klares Quellwasser
Verunreinigt ihr durch eure Barbarei.

O Rückständigkeit! O Dunkelheit!

Ihr müßt gebildet werden, ihr Bande!

Und den Widerspenstigen gegenüber muß die Peitsche zur Anwendung kommen,

Damit hier die Bildung erblüht,
Unsere germanische, kräftige, lebende,
Die allein die wahre ist.

Dieses Land ist seit einem Jahrhundert preußisch,
Und nicht entfernt ist mehr der Augenblick,
Daß der Deutsche überall herrschen wird.

(Während seiner Ansprache zeigt die Menge die höchste Entrüstung.)

Bartel.

Das wirst du nicht erleben, du Plunder!
Wenn ihr wollt, dann werden wir mit euch kämpfen,
Und lieber werden wir unsern Kopf lassen,
Als daß wir die Sprache der Väter verachten werden.

Eine große Enttäuschung erwartet euch Deutsche!

Dieses Land ist seit Jahrhunderten polnisch

Und die Nation wird polnisch bleiben

Trotz der preußischen Foltern.

Teuer ist uns der Glaube unserer Väter,

Teuer ist uns die alte Sprache der Väter;

Nicht bis ans Ende der Welt

Wird uns der verräterische, feindselige Hafatismus zähmen,

Denn wenn wir auch Bauern und einfache Leute sind,
So bleiben wir dennoch Polen.

Stimmen in der Menge.

Ja, er spricht gut, wir bleiben Polen!

(Es erscheinen Gendarmen mit Kellermann und umzingeln die Bauern.)

Der Führer der Gendarmen.

Was ist das für ein Zusammenrotten, welch' ein Getümmel?

Ihr handelt gegen die Bestimmungen des Gesetzes!
Und diese aufrührerischen Rufe

Werde ich euch als Hochverrat anrechnen.

Erster Gendarm.

(Zu Bartel.)

Im Namen des Gesetzes verhafte ich Sie.
(Legt ihm Fesseln an.)

Martha.

(Auf Meyer zeigend.)

Und warum gehen Mörder frei herum?

Matthäus.

(Ebenfalls auf Meyer zeigend.)

Er ist der Mörder unserer Kinder!

Zweiter Gendarm.

Vor das Gericht kommt auch der Verleumder!

(Verhaftet die Martha und den Matthäus.)

Führer der Gendarmen.
Höret auf, euch zu empören, elender Hause!
Wer es nicht versteht, die preußische Behörde zu ehren,
Der wird sich dafür vor den Richtern verantworten.

Erster Gendarm.

(Zu Johann.)

Du, Junge, kommst ebenfalls mit uns.

Hedwig.

(Den Johann schützend.)

Ich gebe ihn nicht, ich gebe ihn nicht, fort mit dir, Verbrecher!

Sehet! Es ist ein Kind! Gott wird euch strafen!

Ein unschuldiges Kind, ihr Teufel!

(Die Gendarmen verhaften Hedwig und Johann.)

Kelermann.

(Auf Johann zeigend.)

Dieses Vögelchen ist der Behörde gut bekannt,
Weil er den Aufruhr in der Schule geschürt hat.

Stefan.

(Zu Kelermann.)

Und welche Rolle hast du gespielt, du Spitzel?

Da hast du das, was dir gebührt!

(Schlägt ihn ins Gesicht. Die Gendarmen ergreifen den Stefan und legen ihm Ketten an.)

Kelermann.

Dafür wirst du im dunklen Gefängnis verfaulen.

(Die Gendarmen führen die Verhafteten ab.
Rätkchen und drei kleinere Kinder bemühen sich, Hedwig festzuhalten.)

Rätkchen.

(Weinend.)

Geh' nicht fort, Mütterchen!

Die Kinder.

(Weinend.)

Oh! Mütterchen!

Hedwig.

Ach! Mein Herz bricht vor Gram!

Rette uns, heilige Jungfrau!

(Die Gendarmen schütteln die Kinder ab, eins fällt hin, alle weinen.)

Erster Gendarm.

Nehmt euch diese jungen Hunde.

(Gehet ab. Die Landleute sind bemüht, die weinenden Kinder zu beruhigen.)

Stach.

Es gibt kein Recht mehr auf dieser Welt!

Sie haben die Frauen und Kinder fortgenommen,
Das ist eine gräßliche Gemeinheit!

Eine Bäuerin.

Gott verläßt uns! Rettung! Rettung!

(Außer Stach und Grzela gehen alle fort.)

Wie blaß war Hedwig,

Als sie sich von ihren Kindern verabschiedete.

Die Mutter und den Großvater hat man ihnen genommen,

Die Kleinen werden jetzt verkommen,

Denn solche armen, schwachen Kinder

Werden ohne Mutter leicht zu Grunde gehen

Wie eine Blume, die der Regen nicht beträufelt,

Die warme Sonne nie bestrahlt.

Grzela.

Auf Rätkchen lastet jetzt zu viel Arbeit,
Wir werden diesen Waisen helfen müssen.
(Gehen ab.)

Erster Gendarm.

(Erscheint mit Meyer auf dem Balkon.)

Na, alles ist planmäßig gegangen,

Das Vaterland wird Ihnen dankbar sein

Für Ihre eifrige Tätigkeit.

Pflegen Sie weiter die wahre Bildung;

Das preußische Land muß gesäubert werden,

Das ganze polnische Geschlecht muß ausgerottet werden;

Es muß unserer Herrschaft unterworfen werden,

Der ganze ekelhafte, slawische Stamm,

Damit sich Germanen ansiedeln können.

Meyer.

Unsere Vorposten befinden sich in jeder Richtung,

Sowohl in Wolhynien, als auch in Cherson,

Überall gibt es deutsche Kolonisten

Und der Plan der Junker geht in Erfüllung.

Jeder deutsche Kolonist

Nutzt bald die Schwäche der Slawen aus,

Überall hat er das „Vaterland“ im Auge

Und glaubt an die große Zukunft Preußens.

Gendarm.

Segne mich, germanischer Pionier!

(Der Vorhang fällt.)

* * *

Zweiter Akt.

(In der Propstei. Ein großes, bescheiden ausgestattetes Zimmer. Sofa, Tisch, Stühle. Im Hintergrund ein Fenster mit hellen großen Scheiben. An der Wand rechts hängt ein schönes Bild der Mutter Gottes von Czestochau. Links befindet sich die Tür zum Flur. Auf dem Tische vor dem Sofa steht eine Lampe. Der Geistliche, ein munterer Greis, liest die Zeitung. Die Flurtür öffnet sich, es tritt der Edelmann herein.)

Der Geistliche.

(Aufstehend.)

Ich grüße euch, Herr Kollator!

(Begrüßen sich.)

Der Edelmann.

Ich bitte um Verzeihung, daß ich zu so später Stunde störe.

Der Geistliche.

„Ein Gast im Hause — Gott im Hause“ sagt ein altes Sprichwort,

Und was haben Sie mir zu sagen?

Der Edelmann.

Man hat mir beim Apotheker gesagt,
Daß Sie auf den Medizinalrat warten.

Der Geistliche.

(Ihm einen Stuhl anbietend.)

Ich bitte gefälligst, Platz zu nehmen.

(Beide setzen sich.)

Sie wollen sicher etwas erfahren

Über die Angelegenheit unserer unglückseligen Bauern?

Der Edelmann.

Meine Gattin hat heftig geweint,

Als sie sie gefesselt sah, denn die Frauen

Und die Kinder waren leider dort.

Längst ist die Sache schon im Gange,

Heute werden Mitteilungen über das Urteil eingehen,
Indessen habe ich wenig Hoffnung,
Daß die Unsrigen frei davontkommen,
Wenn auch die Angelegenheit klar wie die Sonne ist,
Wenn sie auch wackere Verteidiger haben,
Aber das preußische Gericht liebt nicht die Wahrheit
Und es wird gewiß in Bausch und Bogen alle ver-
urteilen;

In ihm steckt soviel Barmherzigkeit wie in einem Wolfe.

Der Geistliche.

Es sind zwanzig und einige angeklagt;
Manche auch ohne einen Schein von Schuld,
Wenn sie auch im Anklageakt genannt sind.

(Beide versinken in trübes Nachdenken. Man hört,
daß sich jemand im Flur die Füße abkratzt.)
Gott führt mir Gäste zu.

(Der Apotheker und der Schuhmacher treten ein
und begrüßen sich mit den Anwesenden.)

Der Apotheker.

Sind schon die Nachrichten aus Gnesen eingetroffen?
Unruhe peinigt uns alle.

Der Geistliche.

Wir haben zur Station nur eine Meile,
Seit dem Eintreffen des Zuges ist schon eine lange Zeit
verstrichen:

Der Doktor muß also jede Minute eintreffen.

Der Schuster.

Eins liegt uns allen immerzu im Sinne:
Welches Urteil das preußische Gericht fällen wird.

(Es treten einige Männer und Frauen ein und sagen
gleichzeitig.)

(Schluß folgt.)

Aus Nr. 153 des Dziennik Zwiazkowy-Zgoda (Chicago)
vom 1. Juli 1909:

Unter dem preußischen Pranger.

(Schluß).

Die Landleute.

Gelobt sei Jesus Christus!

Der Geistliche.

In Ewigkeit! Amen!

Der erste Landmann.

Ist der ersehnte Bote schon aus der Stadt zurückgekehrt?
Meine Frau hat mich fortwährend herausgedrängt,
Die Furcht um die Kinder verzehrt sie;
Stach mit dem Grzela werden zuerst hierher kommen.

Der zweite Landmann.

Wir sind in Scharen hierher gekommen,
Denn uns alle beunruhigt
Unserer Märtyrer Schicksal.

Der Apotheker.

(Zum Fenster heraussehend.)

Es steht ein Schlitten vor der Türe,
Ich höre die Stimme einer Frau.

(Die Gräfin tritt herein, eine Matrone, mit edlen,
vornehmen Bewegungen.)

Die Gräfin.

Gelobt sei Jesus Christus!

Die Anwesenden.

In Ewigkeit!

Der Geistliche.

(Die Gräfin begrüßend.)

Ergebenster Diener.

(Führt die Gräfin zum Sopha. Die Gräfin setzt
sich, nachdem sie die Anwesenden artig begrüßt hat.)

Die Anwesenden.

Wir küssen der gnädigen Frau die Hand.

Die Gräfin.

Seid begrüßt, ihr meine Lieben!

Ich sehe das ganze Dörflein versammelt,
Die gemeinsame Sorge hat uns hierher gejagt.

Der Geistliche.

Jeden Augenblick werden die Boten zurückkommen;
Wollen die Herrschaften die Zeit durch Plaudern ver-
kürzen.

Der Edelmänn.

(Auf die Uhr blickend.)

Bald werden wir Nachrichten vom Gericht haben,
Bereiten wir uns aber auf einen Schmerz vor,
Denn ich kenne den Staatsanwalt gut.

Sein Haß ist stets bereit,
Das Gift seines Geisers auf uns zu spritzen.

Die Gräfin.

Ja, er ist ein bekannter Katatist,
Die Polen verdirbt er mit Vergnügen;
Die Spizel berichten ihm über alles
Und er beginnt dann die Prozesse.

Der Apotheker.

Ja! Er ist die Wurzel allen Übels!
Seine Verbissenheit ist so abscheulich,
Daß er, wenn er einen Polen verdammen kann,
Auch nicht vor einer Verleumdung zurückschreckt,
Er nützt sogar auch diese aus.

Erster Landmann.

Gewiß wird er alle verurteilen.

Der Apotheker.

Am meisten aber schmerzt mich das,
Daß dort alle unschuldig leiden.

Der Geistliche.

Würden Sie es vorziehen, teurer Herr,
Daß die Söhne Polens für Vergehen
Die gerechte Strafe erleiden sollten?

Der Apotheker.

Überall wird schrecklich verfolgt.

Es geht die Sprache verloren, der Glauben geht verloren,
Der polnische Bauer wird bald Deutscher werden.

Erster Landmann.

Ihr kennt, o Herr, die Bauern nicht gut!
Der polnische Bauer wird viel Elend aushalten,
Aber Deutscher wird er niemals werden,
Schämt euch, o Herr, so zu sprechen, schämt euch!

Bäuerin.

Die Muttersprache ist uns ebenso lieb
Wie die Hütte, in der wir geboren sind;
Der Glauben unserer Väter dagegen ist unsere Kraft,
Unsere einzige Freude!

Zweiter Landmann.

Das Wildschwein erschüttert nicht die Eiche,
Wenn es auch wütend seine Zähne an ihr weßt,
Sich auch übermütig an ihr scheuert,
Weil die Eiche kräftige Wurzeln hat.
So ist auch der Bauer mit der Seele kräftig angewachsen
An den Glauben und die Sprache seiner Väter.

Eher werden die Hauer des Wildschweines zerbrechen,
Ehe sie uns zu bösen Taten zwingen.

Die Gräfin.

Sind denn die Christen unterlegen,
Einst, als sie unter Martern ihr Blut vergossen?
Die Heiden wurden schließlich gerührt,
Vor dem Glauben demütigte sich der Zorn.
Halten wir nur solidarisch aus,
Dann wird uns die Wut der Deutschen nichts tun können,
Weil die Martern uns stählen werden,
Werden wir auch nur an Kraft wachsen.
Möge die Sprache und den Glauben verteidigen
Der Reiche und der Arme, der Knecht und der Herr;
Möge gemeinſame Liebe uns erfüllen,
Möge jeder Stand gemeinſam arbeiten.
Kraftlos werden dann die Feinde werden,
Das Gewitter wird uns dann nicht umſtürzen können
Und die harte Bedrückung der Preußen
Wird ihnen nur Schande machen.

Der Edelmann.

Und schließlich, Brüder, für den Polen
Ist eine derartige Lage nichts Neues.
Einst hielt er die Wacht im Osten
Und heute verteidigt er die Slawen im Westen.
Wir haben bereits zahlreiche Stürme überstanden,
Die Mord in die Christenheit trugen,
Wir waren stets gleichsam eine Vormauer,
Die gegen die tartarischen Herden schützte.
Auch jetzt ist für uns ein solcher Augenblick gekommen:
Unser Volk leidet für alle Slawen,
Gegen uns hat sich die Wut der Deutschen gerichtet,
Unser Volk ist ein Schussſchild für andere.
Glaubt mir, Brüder, ein schönes
Wenn auch schweres Schickſal hat uns Gott beſchieden;
Harren wir unter den Martern und Mähen aus,
Möge sich der Feind der Slawen mit Schande bedecken.
Werfen wir Tränen und Blut in das fruchtbare Land,
Nicht häßlich ist der Tod für das Vaterland!
Und vielleicht werden bereits unsere Enkel so glücklich
sein,

Hundertſältige Frucht zu ernten.
Die Zukunft kennt ja keiner von uns,
Warum also Befürchtungen hegen, warum zweifeln?
Vielleicht bald wird die schwarzen Adler aus Gneſen
Das Schwert der weißen Adler vertreiben.

Erster Landmann.

Gut ſprechen Sie, Herr, gerecht,
Genügend hat das preußiſche Unkraut gewuchert!
Auf der Poſener Erde
Darf nur polniſcher Weizen wachsen.
(Man hört Schritte im Flur. Es tritt der Doktor
herein, hinter ihm Stach und Grzela).

Der Geistliche.

(Lebhaft auffahrend.)

Nun, was iſt los? Sprechen Sie ſchneller, Doktorchen!

Der Doktor.

(Mit dumpfer Stimme.)

Alle verurteilt!

Die Gräfin.

O Gott! O Gott!
(Die Männer ſtehen in dumpfem Schweigen,
manche Frauen weinen.)

Der Doktor.

Und das Gericht hat ſie deſhalb verurteilt,
Weil der preußiſche Ausſatz ſie nicht verborben hat;
Das Gericht hat Kinder und Frauen verurteilt;

Wo gibt es Gerechtigkeit?

Als wir den Inhalt des Urteils hörten,
Ertönte ein Schrei der Entrüſtung im Saale,
Selbſt unter den Deutſchen gab es ſolche,
Die da ſagten: „Es ſchänden ſich die Preußen . . .“
Alle ſind zu Gefängnißſtrafen verurteilt worden!!!

Der erste Landmann.

O gemeine Deutſchen, von Hunden erzeugt!

Stach.

Alle, auch die Knaben verurteilt.
Hat man jemals von einem ſolchen Unrecht gehört!
Johann iſt doch erſt 13 Jahre alt!
Man hat einige arme Mütter verurteilt,
Denen man es als Verbrechen ausgelegt hat,
Daß ſie ihre Kinder verteidigen wollten
Gegenüber dem Schulinspektor.
Elisabeth iſt ſchwach und krank,
Ihr Vater und ihre Kinder ſind verwaist,
Die ihrer Hände Arbeit ernährt hat.

Die Gräfin.

Was werden der Greis und die Kinder beginnen?
Denken wir an das Sammeln von Gaben.
Was ich habe, übergebe ich dem Geiſtlichen.

(Sie nimmt ihr Portemonnaie heraus und legt
den ganzen Inhalt, d. h. einige Goldſtücke, auf die
Zeitung, die ihr der Geiſtliche hinreicht. Der Edelmann
nimmt eine Anzahl Banknoten und legt ſie zum Golde.)

Der Apotheker.

(Ebenfalls Geld gebend.)

Auch mich rührt das Elend.

(Alle treten heran und ſpenden kleine Gaben.)

Die Landleute.

Wir geben auch, ſo viel ein jeder kann.

Der Geistliche.

Segne die guten Taten, allmächtiger Gott!

Der Doktor.

Und Meyer iſt frei, er iſt frei davon gekommen,
Daſür, daß er ſo viele Kinder umgebracht hat.

Erster Landmann.

O, wie bitter iſt unſer Schickſal,
Wie ſchwer wird dem polniſchen Bauern das Leben
gemacht!

Der Schall unſerer ſchmerzlichen Seufzer
Kann das Himmelsgewölbe nicht durchdringen.

Der Geistliche.

Halte ein mit den läſternden Worten!
Auch uns wird wieder die Sonne ſcheinen.
Mag ſich die Wut der Deutſchen auſtoben,
Der Augenblick der Rache wird über ſie kommen.
Den Schmerz des Opfers und die Tücke des Henkers
Wird einſt der Richter des Weltalls beurteilen
Und bis zu ſeinen Füßen
Werden die Tränen unſerer gemarterten Kinder fließen,
Und der Schrei des Grauens der armen Mütter
Und das polniſche Blut aus dem deutſchen Schlachthauſe.

Der Edelmann.

(Mit der Hand nach dem Fenſter zeigend, durch
deſſen Scheiben der ſehr helle Mond ſichtbar wird.)
Sehet! Im Osten blüht die Helligkeit.
Nahe iſt vielleicht die Stunde der Rache,
Vielleicht ſtehen ſchon die Rächer auf,
Die für die Deutſchen das Schwert ſchärfen.
Zuſammen mit ihnen werden wir dann kühn rufen:
Fort aus Polen mit den Preußen, fort mit ihnen!
Es iſt das Gebiet der weißen Adler,

Seit Jahrhunderten haben wir unser Blut für es vergossen.

Möge die freie Erde der Slawen
Nicht mehr die germanische Saat verderben.
Der Deutsche, der blutgierig wie ein Tiger ist,
Lauert ewig auf die polnischen Leute,
Er strebt darnach, daß unsere geknebelte Nation
Stumm, kraftlos, wie ein Leichnam sein soll.
O nein, ihr Preußen, unser Volk lebt!
Der Herr wird mit Recht das Schwert der Rache erheben
Und aus der Brust aller Slawen wird der Ruf ertönen:
Fort mit den Preußen aus Polen, fort mit ihnen!

(Alle, mit Ausnahme des Geistlichen und der Gräfin, wiederholen begeistert den Ruf.)

Der Geistliche.

Höret auf, Brüder, Drohungen zu sprechen;
Fallen wir lieber auf die Knie
Und beten wir zur Jungfrau Maria,
Uns die Hilfe des Herrn zu ersuchen.

(Alle knien nieder, dem Bilde der Mutter Gottes das Gesicht zugewandt. Der Geistliche kniet vorn und spricht mit erhobener Stimme:)

Allerheiligste Herrin von Jasna Gora,
Du hast unser Land von den Schweden errettet.

Tue das Gleiche zum zweiten Male:

Gewähre uns deine Hilfe gegen Preußen!

O, du unsere Mutter und Königin,

Demütig bitten wir dich um ein Wunder:

Errette unser Land, errette es aufs neue,
Befreie das polnische Volk von den Deutschen!

(Alle Anwesenden rufen begeistert mit gerührter Stimme):

„Befreie das polnische Volk von den Deutschen!“

(Der Vorhang fällt.)

Aus Nr. 190 des Kurjer Warszawski (Warschau)
vom 12. Juli 1909:

Dr. Michejda über Schlesien.

In der unlängst abgehaltenen Generalversammlung der Volksschulvereine in Kolomyja, über die wir seiner Zeit kurz berichteten, hielt auch Dr. Wl. Michejda sein Referat, in welchem er nochmals die schlesischen Verhältnisse, die er gründlich kannte, berührte. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Gegenstandes bringen wir nachstehend einen zusammenhängenden Auszug aus dem Referate und zwar zur Vervollständigung unseres früheren Berichts.

Nach Anführung der Worte Vincent Pöls über die „Oder an der Grenze“ bemerkte der Referent, daß man in diesen Worten die schlesische Frage zusammenfassen könnte. Die Oder sei die Grenze, um die man kämpfen müsse. Von der östlichen Grenze Schlesiens bis nach Krakau seien es kaum 10 Meilen. Wenn wir Schlesien vernachlässigen würden, dann werde der Schwerpunkt des Deutschtums an die Ufer der Weichsel verlegt werden. Die Wiedergewinnung Schlesiens bedeute eine Verlegung der Grenze um 7 Meilen nach Westen und die Rettung von 200 000 Seelen. Und gerade im Lande Dobrzyn hätten sich die Deutschen in enger Reihe angesiedelt und Zyrwiec, Zator, Oswiecim eingenommen. Es sei dies ein systematischer, germanischer Überfall auf Krakau.

Mit der nationalen Frage verbinde sich hier eng das wirtschaftliche Interesse. Die Deutschen seien nämlich im Besitze der Kohlenreviere und der Industriezentren. In einem solchen Augenblick dürfe man die schlesische Grenzfestung nicht der Willkür anderer preisgeben.

Die Oder sei aber noch im Streite mit einem anderen Rivalen, nämlich den Tschechen, die Grenzlinie. Schon im Jahre 1887 ließ Stalmach in einem Aufrufe auf die Ansprüche der Tschechen aufmerksam machen, die sich sogar in ihrer Belletristik bemerkbar machten. Die Tschechen erstreben nicht nur eine wirtschaftliche Expansion nach dem Osten, sondern sie haben auch politische Aspirationen, die sich auf historische Traditionen aus jener Epoche stützen, als sich die tschechischen Länder entweder bereits in der Hand der Polen befanden, oder aber die polnischen Länder unter die Herrschaft der Krone des heutigen Wenzel gekommen waren.

Daher der Streit um die angebliche Revindikation. Die tschechischen Quellen behaupten, daß das schlesische Volk nicht polnisch sei. Zum Glück widersprechen dem entschieden zahlreiche unparteiische Quellen bedeutender Ethnographen und Historiker. Der alte piastische Landessteil sei unzweifelhaft rein polnisch und habe eine tausendjährige Vergangenheit hinter sich.

Nachdem er sein Bedauern über diese expansive Politik ausgedrückt und bemerkt hatte, daß sie in ihren Agitationsmitteln nicht wählerisch sei, wendete sich der Referent nochmals gegen die Aktion, die sich so weitgehende Pläne stelle und vor keiner Perfidie zurückschrecke. Die Deutschen strebten darnach, unter der Bevölkerung Zwiespalt zu säen, indem sie Scharen von Renegaten, die sogenannten „Polen deutscher Gesinnung“ schafften. Zu diesem Zwecke wendeten sie Begünstigung und Korruption an. Die Scharen dieser Renegaten werden später, wie dies in der Natur der Sache liegt, die eifrigsten Helfershelfer der Germanisation und säen Haß gegen die Polen. Die Deutschen schildern bei jeder Gelegenheit die in Galizien und in den anderen polnischen Landen herrschenden Verhältnisse in den schwärzesten Farben und schwätzen dem Volke von der überall herrschenden Bedrückung und dem Elend vor.

Charakteristisch sei die Haltung der sozialdemokratischen Partei, die den Deutschen dadurch zum Siege verhelpe, daß sie sich häufig auf die Seite der Renegaten stelle.

Das beste Verteidigungsmittel sei und werde stets sein das Volks- und Mittelschulwesen. Daher müsse man sich vor allen Dingen um dieses bekümmern. Das zweite Mittel sei die Parzellierung und der Ankauf von schlesischem Boden durch galizische Polen. Dadurch werde nicht nur ein Austausch der Gefühle, der Gedanken und der Kultur erfolgen, sondern die Polen aus Galizien würden in Schlesien auch den Mittelpunkt des selbständigen nationalen Lebens bilden. Schlesien könne für Galizien in Zukunft in jeder Hinsicht einen wichtigen Markt bilden.

Zum Schlusse seines Referats betonte Dr. Michejda nochmals die hohe Bedeutung der Wiedergeburt Schlesiens für die ganze Nation und den Verteidigungskampf gegen den Germanismus.

Aus Nr. 154 des Dziennik Związkowy-Zgoda
(Chicago, Ill.)

vom 2. Juli 1909:

Am Vorabend des Landtages.

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß sich Herr Zalecki, der Präsident des Bundes der polnischen Sofols, im Landtage in Cleveland bemühen wird, diese sich so herrlich entwickelnde Organisation zu sprengen. Dies ist aus einem Brief zu ersehen, den er an den Zensor des „Polnischen Nationalbundes“ gerichtet hat, es ist dies ferner aus den Anstrengungen des Herrn

Zaleski und seiner Anhänger zu ersehen, die absichtlich und mit teuflischer Wut die Spaltung vorbereiten. Die der Reihenfolge nach drittgrößte polnische Sokol-Organisation soll also zerfallen, weil Herr Zaleski es so beschlossen hat, ebenderjelbe Herr Zaleski, der „auf die Sokolfahne den Eid geleistet hat, daß er ihr bis zum letzten Atemzuge treu bleiben würde“. Und er wird ausharren, wenn auch bei dieser Bundesstandarte von den 5000 Köpfen zählenden Sokolcharen nur 200 Leute übrig bleiben sollten; Herr Zaleski, der sie mit beiden Händen ergriffen hat, wird sie nicht verlassen, weil er unter ihrem Schatten durchaus als Mann der Vorsehung figurieren will, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß er durch diese Repräsentation das Sokoltum großen Erschütterungen und Verlusten aussetzt.

Der entartete Ehrgeiz ist in erster Reihe die Mutter aller Lächerlichkeiten, in zweiter Reihe aller strafwürdigen Taten. Er verblendet in so hohem Maße, daß die von ihm befallene Person nicht die Ehrgeizen fühlt, nicht das ungeheure Übel sieht, das sie anrichtet. Und wenn sie es auch bemerkt, so wühlt sie dennoch im Schmutz weiter, weil der entartete, falsche Ehrgeiz, der sie zu unwürdigen Taten getrieben hat, ihr nicht gestattet, vom Wege des Übels abzuweichen, das angerichtete Unheil wieder gut zu machen. Hierin steckt grade die Tragödie des Falles von Menschen, die andererseits viel Gutes wirken und sich in jeder Weise hervortun könnten.

Herr Zaleski ist entschlossen, um jeden Preis zu glänzen. Es nahen jetzt zwei große allgemeine polnische Feierlichkeiten, nämlich der polnische Sokoltag und der 500. Jahrestag der Schlacht bei Grunwald in Krakau, und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Enthüllung des Kosciuszko- und Pulaski-Denkmal und der polnische Kongreß von Washington. In der Überzeugung, daß nur er einzig und allein bei diesen Feierlichkeiten das polnisch-amerikanische Sokoltum repräsentieren könne, daß er, wenn er auch nur mit den Resten des polnischen Sokoltums in Krakau und in Washington erscheinen sollten, er dennoch erscheinen würde. Möge der Sokolbund zerfallen, möge die Sokolidée auf lange Jahre in ihrer Entwicklung aufgehalten werden, wenn nur er, Herr Zaleski, die Sokolbrüder in Europa mit einem „Czokem“ begrüßen kann. Er denkt nicht daran, daß diese Sokolbrüder, die keine Privatinteressen kennen, die entarteten Ehrgeiz nicht verstehen, ihn wegen seiner verbrecherischen Sprengung der Sokolreihen mit verächtlichem Schweigen empfangen könnten. Herr Zaleski will glänzen, und er wird, wie er selbst sagt, die ihm anvertraute Standarte nicht aus der Hand lassen, weil sich in seinem Kopfe der Gedanke festgesetzt hat, daß „er“ das Sokoltum sei.

Er bereitet also den Anschlag vor mit der ganzen Perfidie eines frechen, aufdringlichen Menschen, der, ohne auf den Schrei der Entrüstung, auf die ihm ins Gesicht geschleuderte Verachtung zu achten, sich durch die Nebenpforte drängt, wenn er mit der Keule der Verleumdung nicht durch die Haupttüre kommen kann, um sich nur in seiner Stellung als Präsident zu be-

haupten. Die unterirdische Agitation, die die Abtrennung der Sokolorganisation vom „Polnischen Nationalbunde“ bezweckt, zieht immer weitere Kreise. Das ist nicht mehr strafbare Verleumdung, die Herrn Zaleski i. Zt. als Vorsitzender der Genossenschaft „Dziennik Narodowy“ begangen hat, als er den Zentralvorstand des „Polnischen Nationalbundes“ verleumdete, sondern geradezu Staatsverrat, der in jedem Staate den Hals gekostet hätte. Der Bund ist kein Staat im vollen Sinne dieses Wortes und kann die Verräter an der Gesamtheit der Organisation nicht entsprechend bestrafen, sondern er kann höchstens die Personen, die den Gesamtbestand der Organisation antasten, ausstoßen. Die Abtrennung des Sokoltums vom Bunde würde in Wirklichkeit mit der Vernichtung dieser herrlichen Idee der Einigkeit gleichbedeutend sein, dieser Einigkeit, die die Sokols nicht nur auf ihre Fahnen geschrieben, sondern auch zur Tat gemacht haben, indem sie sich mit dem „Polnischen Nationalbunde“ vereinigten. Es würde dies ein Zerschmettern aller auf diesen Lösungen aufgebauten Hoffnungen sein, es würde eine schändliche Ironie sein, daß jene, die in der Nation etwas Tüchtiges schaffen sollen, als erste die fatale Teilung approbieren und nicht dem Vaterlande, sondern den Privatinteressen dienen, indem sie als erste zum Rückzuge blasen.

Wir wollen aber daran nicht glauben, daß es dazu kommen wird, weil der Sokol als Ganzes niemals Privatinteressen gedient hat und auch nicht dienen wird, weil ihm dieses nicht erlaubt ist. Wir glauben nicht an eine Spaltung, weil der polnisch-amerikanische Sokol seine Aufgaben und Ziele verstanden hat und diese es ihm nicht erlauben, sich von ehrgeizigen Personen führen zu lassen. Herr Zaleski nimmt aber an, daß er, wenn es ihm gelingen wird, eine entsprechende Zahl von Sokols auf seine Seite zu ziehen, hierdurch in den Augen der Öffentlichkeit rehabilitiert werden und die bürgerliche Ehre zurückgewinnen wird, weil hinter ihm die Macht stehen wird. Hierzu sollen ihm die trügerischen Kommunikate dienen, die unter den Sokols einen Sturm hervorrufen sollten, damit er leichter im Trüben fischen könnte. Die Kommunikate haben schon das bewirkt, daß sich die Gärung bereits gezeigt hat und sich zwei feindliche Lager gebildet haben, die auf dem Clevelander Landtage zusammenstoßen werden. Es stehen uns also sehr ernste Gefahren bevor, der gegenüber alle Sokols, die der Sokolidée als Ganzes huldigen, alle Kräfte anspannen müssen, damit das Sokoltum durch diesen Sturm möglichst wenig leidet, damit es stärker als jemals aus ihm hervorgeht, damit die nationale Standarte noch höher weht und dadurch kennzeichnet, daß der Sokol niemals zurückweichen, niemals das zer schlagen wird, was der mühevollen Arbeit aufzubauen gelungen ist. Und auch jetzt wird man diese erhabene Lösung nicht verleugnen, sondern stolz neben den Bundesreihen marschieren, zusammen mit ihnen für das Vaterland arbeiten, denn nur für dieses leben die Sokols, für dieses sind sie entstanden und diesem werden sie alle ihre Kräfte widmen.

